



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1909

426 (14.9.1909) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-317795](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-317795)

General-Anzeiger



Abonnement

(Badische Volkszeitung)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt)

Telegraph-Druck

„General-Anzeiger Mannheim“

Telefon-Nummer

Direktion, Buchhaltung 1448

Druckerei-Bureau (Einnahme-Redaktionen) 847

Redaktion 877

Expedition und Verlagsbuchhandlung 918

90 Pfennig monatlich, halbjährlich 4 50, jährlich 8 50, nach die Post bez. incl. Postzuschlag 10. 20 per Quartal, Einzel-Nummer 6 Pf.

Inserate:

Die Kolonial-Zeile . . . 25 Pf.,
Werbungs-Zeile . . . 20
Die Kolonial-Zeile . . . 1 Wort

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Täglich 2 Ausgaben (ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüros in Berlin und Karlsruhe.

Gefestete und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

Schluss der Inseraten-Einnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 10 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 426.

Dienstag, 14. September 1909.

(Abendblatt.)

Stimmungsbilder vom sozialdemokratischen Parteitag.

(Von unserem Korrespondenten.)

Ch. Leipzig, 13. Sept.

So stimmunglos ist noch nie in den letzten Jahren ein sozialdemokratischer Parteitag eröffnet worden wie diesmal der Leipziger. Selbst die Erinnerung an die letzten sozialdemokratischen Wahlsiege vermochte nicht die Begeisterung zu erzeugen, die sonst solche Eröffnungsversammlungen ergreift, wie sie auch getrieben dem diesjährigen Parteitag vorausging. Und der Konflikt zwischen den Delegierten und dem Publikum, der beispielsweise beim Mannheimer Parteitag recht gut hergestellt war, fehlt hier ganz. Freilich es fehlt noch etwas anderes, nämlich die Männer, die früher solchen Eröffnungsversammlungen das besondere Gepräge gaben. Siebel, der früher in seinen Begrüßungsreden stets mitzureisen mußte, ist schon seit längerer Zeit lebend und schläft bisher auf dem Parteitag ein. Andere Männer, die vielleicht zu pachen verstanden, sind noch nicht an die Stelle des „Alten“ getreten, und so mußte sich die gestrige Versammlung mit den Reden Paul Singers, des ewigen Präsidenten, und Lipsitzs, des Leipziger Volkszeitungs-Redakteurs begnügen.

Singer ist keiner, der durch seine Rede irgendwie imponieren könnte und an Gedankensfülle sind seine Allokutionen zu die Massen auch noch wie zu Grunde gegangen. Er begnügte sich auch damit, Wünsche für die Begrüßung zu danken und mit einigen Seitenhieben auf die Bourgeoisie der letzten Wahlperiode zu enden. Lipsitz selbst markierte den ersten Leipziger und böse Jungen erklären, es hätte sich gar kein besserer Redner finden können, diesen „Wahnsinn-Parteitag“ zu eröffnen. Natürlich wird auch der Leipziger Parteitag in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie ein Werkstück sein, denn Herr Lipsitz behauptete es so und Methode liegt ja auch darin, jedes Jahr an jedem sozialdemokratischen Parteitag das nämliche zu prognostizieren.

Nach den Begrüßungsansprüchen wurde sodann in der üblichen monotonen Weise das Bureau gebildet, die Tagesordnung festgesetzt und der Parteitag konstituiert und das weitere den übrigen sechs Werktagen überlassen.

* * *

Die Arbeit des ersten Werktages begann heute im Zeichen der entrüstetsten Heftigkeit des Gottes Hubius. Spross-Köhen hat unter solchen Wetterverhältnissen wenig Angenehmes und so ließ man denn geduldig die ganze Langweiligkeit dieses Montagmorgens über sich ergehen. Der Tag war in der Tat herzlich bedeutungslos, das sah man schon an der kleinen Teilnahme der Delegierten an den Verhandlungen. Die Begrüßungen seitens der ausländischen Sozialdemokraten brachten nichts besonderes, das irgendwie registriert zu werden braucht. So blutdürstende Reden wie früher waren nicht zu hören, man hat sich eben auch seitens der Ausländer an die behutsameren Sitten der deutschen Sozialdemokratie gewöhnt.

Wie alljährlich wühlte der Abg. Wallenbühler wiederum den Bericht des Parteivorstandes, der mit besonderer Genehmigung die letzten „Sieg“ der roten Internationale

und das weitere Erstarken der sozialdemokratischen Organisation registriert. Gleichwohl ließ es der Berichtsstatter an Mahnungen zu weiterer Verboarheit nicht fehlen; er verwies dabei auf die vielen Millionen Arbeiter, die noch außerhalb der sozialdemokratischen Partei stehen, auf das riesige Anwachsen der Industrie und auf die Herrschaft der Agrarier, die er im schwarzesten Lichte erscheinen ließ. Mit einer kurzen Sandbewegung ging Wallenbühler über die Differenzen in der Partei hinweg: Kinderfranchisen, meinte er, Schladen der bürgerlichen Gesellschaft, die die Neulinge in der Partei noch nicht abgestreift haben. Die Herren Revisionisten haben in der Diskussion gegen diese Behandlung von oben herab keineswegs opponiert. Sie wollen nicht diejenigen sein, welche einen erneuten Streit provozieren. Es wartet eben der eine auf den anderen und so wird's wohl bei leichtesten Plankstellen sein Bewenden haben.

Mit großem Beifall erklarte der „Finanzminister“ der Partei, Gehrisch-Berlin den Kassenbericht, der ein durchaus günstiges Resultat zeigt. Mit weniger Beifall über die „Steuerknäuel des Schnapsbrot“, denen er ein Schnippen geschlagen zu haben meinte. Nicht interessant war zu hören, daß die Steuerdrückbergerei der Genossen gegenüber der eigenen Partei noch immer recht schlimm ist; es scheint doch auch bei der Sozialdemokratie diese menschliche Schwäche stark zu grassieren. Natürlich ist hierüber die Enttäuschung recht gebüht gegenüber der Entrüstung, in welcher die sozialdemokratische Presse machen würde, wenn sie einen bürgerlichen Steuerhinterzieher „entlarven“ könnte.

Die Kammerge Böhme der Partei hatte wiederum Raden-Dresden zu wählen, denn nichts anderes ist der Bericht der Kontrollkommission. Da werden Genossen aus der Partei ausgeschlossen, die infolge Krankheit, halt zu wählen wichtiger im Urlaub gehen und wieder andere werden ausgeschlossen, weil sie die eigene Partei beschimpfen und „entloredende Sandbewegungen“ dazu machen. Dann ist der Ridorter, der Schneberger und der Banfower Skandal, die natürlich alle nicht an die Parteihosen heranreichen können, und zum Schluß konstatiert der Berichtsstatter, daß „fast alles in bester Ordnung“ sei. Der Euphemismus scheint demnach sozialdemokratische Erfindung zu sein.

Die weitere Vormittags- und die ganze Nachmittags-sitzung wurde durch Beratung von Anträgen zur Agitation ausgefüllt. Erwähnenswert ist vielleicht ein Antrag Mannheim, unter den Rheinschiffen eine größere sozialdemokratische Propaganda zu entfalten. Der Antrag wurde dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen. Eine ganze Reihe von Anträgen lag zur Frage der Jugendorganisationen vor, die sämtlich noch längerer oder wenig fruchtbarer Diskussion der Jugend-Zentrale überwiesen wurden. Ein Komplex von Anträgen lag weiterhin zur Brautweinsteuer vor, die sämtlich durch eine Resolution erledigt wurden, welche in scharfen Worten den Brautweinkonkordat von den Genossen fordert.

Paul Singer berichtete noch kurz zum nächsten internationalen Kongress in Kopenhagen, worauf die Verhandlungen abends 7 Uhr auf Dienstag Vormittag vertagt wurden.

— 0 —

Die politische Mitarbeit der Frau.

Mit dem Inkrafttreten des Vereinsgesetzes hat sich die Stellung der Frau zur Politik geändert; ihrem Eintritt in politische Vereine und in die Parteien, ihrem Zutritt zu politischen Versammlungen steht nichts mehr im Wege. Schon wird in verschiedenen Parteien die veränderte Sachlage ausgenutzt und um die Mitarbeit der Frauen geworben; auch einzelne nationalliberale Vereine haben bereits Schritte getan, um das Interesse, die Arbeitskraft und den Einfluß der Frauen für sich zu gewinnen. Aber dieses Beispiel sollte in der Partei noch viel mehr Nachahmung finden: um alle hier brach liegenden Kräfte sich nutzbar zu machen, sollte jeder Ortsverein sich mit einem Werberuf an die Frauen wenden. Es gibt schon heute in Deutschland eine Anzahl politisch geschulter Frauen — geschult durch die harten Kämpfe, die sie bestehen mußten, um insbesondere in Frauenbildungsfragen ihren Geschlechtsgenossen eine größere Bewegungsfreiheit zu erringen. Diese Kräfte werden für den allgemeinen politischen Fortschritt nur dann nutzbar zu machen sein, wenn man um sie wirbt, wenn man das Verständnis und das Interesse für die Ziele und Ideale der Partei zu wecken versteht. Und all die ungeschulten Frauen, die noch abseits des politischen Lebens stehen, werden heute, da der Liberalismus einen schweren Kampf um die idealen Güter der sozialen Gerechtigkeit und des geistigen Fortschritts zu kämpfen hat, zur Mitarbeit zu gewinnen sein. Die Stellung der Frau im Mittelpunkt der Familie wird sie befähigen, Trägerin und Verbreiterin der Ideen unserer Partei zu werden. Sie wird ihren größeren Schatz an Gefühlswerten dazu benutzen, um dem Niedergang der Politik zur nackten Interessensvertretung ein Gegengewicht zu bieten; sie wird ihre Kinder zu politischem Denken und Fühlen erziehen. Es gilt heute den in der Frau ruhenden Enthusiasmus auch für die Politik zu erwecken; ihrer Mitarbeit soll und wird es gelingen, die große Menge der Nichtwähler zu verringern und in Söhnen und Töchtern ein so starkes politisches und vaterländisches Gefühl zu erwecken, wie es anderen Nationen längst zu eigen ist.

Politische Uebersicht.

* Mannheim, 14. September 1909.

Der Zerberber besserer Teil.

Mit der Siegeszuversicht, die jetzt die Sozialdemokraten überall zur Schau tragen, steht in höchst sonderbarem Widerspruch ihre neueste Versammlungstätigkeit. Schon während des Wahlkampfes in Stolberg-Schneberg war es, wie man uns mitteilt, aufgefallen, daß zu den Versammlungen der „Bürgerlichen“ gar keine Arbeiter erschienen. (Uebrigens auch keine von den Arbeitern ab-

Feuilleton.

Aus Julius Wolffs Anfängen.

Der Dichter Julius Wolff, der vor einem Vierteljahrhundert mit seinen Versen und historischen Romanen alle Welt entzückte und ein Lieblingspoet des deutschen Volkes war, begibt am 14. September seinen 75. Geburtstag. In weit über einer halben Million Exemplaren sind seine zahlreichen Werke verbreitet: den größten Erfolg aber hatte er mit den zuerst erschienenen Dichtungen „Zill Gulenspiegel redivivus“, „Der Rattenfänger von Hameln“ und „Der wilde Jäger“ errungen. Wolff ist sehr spät zur Dichtung gekommen und war schon Mitte der Dreißiger, bevor er überhaupt daran dachte, sein häßliches, in Gelegenheitsgedichten geübtes Talent zum Verfassen von höherer Stoffe und umfangreichere Werke auszunutzen. Diese Zeit seiner Anfänge und ersten Versuche hat er selbst annützig und humorvoll in der von G. C. Franzos herausgegebenen Geschichte des Erlingenswerths geschildert. Von Kindheit an hatte ihn eine geheime Lust zum Reimen hingezogen; seitdem er mit zwölf Jahren den Eltern ein langes Reimjähresgedicht gewidmet, hatte er eine Menge kleinerer und größerer Gelegenheitsgedichte von verschiedenem Inhalt und wechselnder Form verfaßt, die wohl auch ab und zu in irgend einem kleinen Wochenblattchen anonym abgedruckt wurden. Die Zeitung des Tuchfabrik in seiner Heimatstadt Ludwigsburg, die er von seinem Vater übernommen hatte, verdrückte ihn in mancherlei schwierige Verhältnisse und ließ ihm auch keine rechte Ruhe und Sammlung zum Fabulieren. Allmählich aber traten ihm doch vollständige Sagen- und Heldengestalten, die von Jugend auf in seiner Phantasie gelebt, immer lebendiger und anschaulicher vor die Seele, unter ihnen vor allem zwei jährende Geister, Zill Gulenspiegel und der

Mattenfänger von Hameln, von denen sich die Leute in der kleinen alten Unterstadt mündlich noch allerhand abenteuerliche Geschichten erzählten. Schließlich machte ihm in seinen Träumen und Gebanten der übermächtige Schall Zill soviel zu schaffen, daß er sich im Jahre 1869 frohgemut an die Arbeit setzte, und wie er selbst erzählt, „ohne mir vorher mit dem Ausplänen einer Fabel und Handlung lange den Kopf zu zerbrechen, darauf los-schrieb, was mir gerade einfiel, und die Verse flossen mir so leicht und rasch aus der Feder, als diktierte sie mir — nicht der heilige, sondern ein recht weltlich gesinnter Geist.“ Einen starken Trieb, die Dichtung gedruckt zu sehen, verführte er nicht. „Das Dichten hatte mir Freude gemacht, reichliche Mußestunden beglückend ausgefüllt, und mir war nun zu Mut, als hätte ich mir in leichtfertigen Versen etwas von der Seele heruntergeschrieben, was mich unwillkürlich zum Ausprechen gedrängt hatte.“ Wolff machte den deutsch-französischen Krieg mit und während dessen entschwand ihm sein Zill Gulenspiegel völlig aus dem Gedächtnis, der ruhig zu Hause im Kasten lag. Unterdessen ertrugen aber seine Kriegslieber, die zuerst verzweifelt in dem von Franz Lipperheide herausgegebenen „Liedern zu Schuh und Trub“ erschienen und dann unter dem Titel „Aus dem Felde“ herausgegeben wurden, regen Beifall und nun kam er auf den Gedanken, „ob mir die praktische Pflege der Dichtkunst nicht auch zur Erwerbsquelle werden könnte“. Er nahm als leinzig Zill Gulenspiegel wieder vor und sandte ihn an den ihm bekannten Ferdinand Freiligrath, um seine gütige Fürsprache bei der Cottaschen Buchhandlung zu erbitten. Noch einiger Zeit kam das Manuskript zurück und der Vektor des Cottaschen Verlags erklärte, die Dichtung hätte Aussicht auf Ansehen, wenn eine genaue Reihe von Mängeln darin beseitigt würden. Mit besserer Begeisterung und einem Herzen voll Hoffnung fiel ich über mein Beck her, stützte und teilte mit niegender Feder daran herum, und noch nicht zwei Wochen später war Zill Gulenspiegel zum zweiten Male in Stuttgart. Aber da kam ein strenges „Ob!“ von Ferdinand Freiligrath. Was ich mir denn eigentlich ein-

bilbete, schrieb er mir in freundschaftlicher Entrüstung; ich wäre verfahren wie ein Schneider, der einen verächtlichen Rock in ein paar Tagen wieder zurecht merkt. Das hätte die Herren dort sehr verschmährt, und sie lehnten den Verlag nun ein für allemal ab.“ Nun begannen lange Wanderjahre für den wiedererstandenen Zill; er reiste von Verleger zu Verleger im Deutschen Reich herum und lehrte wie Noahs Taube stets wieder zu keinem Dichter zurück. Schließlich aber fand er doch Unterschlupf bei einem Verleger in Detmold, und schon hielt Wolff die ersten Exemplare seines Buches in der Hand, da kam die Schreckensnachricht, daß die ganze Druckerei des Verlags niedergebrannt und damit auch Zill Gulenspiegel in Flammen aufgegangen sei. Noch einmal hatte sich der närrische Kauz gegen die poetische Beschönigung aus dem Dunkel seines Grabes gewehrt, aber es half ihm doch nichts, er „mußt es eben leiden“, ward noch einmal von vorn an neugedruckt und erlebte nun eine fröhliche Urständ in diesen vielen Auflagen . . .

Buntes Feuilleton.

Der Alkohol als Krankheitserreger. Bei der Dristkranken-kasse für den Gewerbebetrieb der staufferte, Sandelsleute und Apotheker zu Berlin werden seit einer Reihe von Jahren die Krankheitsdiagnosen dadurch ermittelt, daß nach Beendigung der Erwerbsunfähigkeit in jedem einzelnen Falle bei den Rassen-ärzten nach der prägnant wissenschaftlichen Diagnose angefragt wird. Bei dieser Gelegenheit versucht die Verwaltung durch Unterfragen zu ermitteln, ob die Erkrankung zurückzuführen ist auf einen Unfall, Tuberkulose, Geschlechtskrankheit oder Alkoholismus. Es liegt auf der Hand, daß die Verantwortung dieser Fragen schwierig ist und nicht in allen Fällen erfolgen kann. Aus den Geschäftsberichten der genannten Kasse ist zu ersehen, daß im Jahre 1906 278, 1906 345, 1907 388 mit Erwerbsunfähigkeit verbundene Krankheitsfälle auf Alkoholismus zurückzuführen

hängigen Gewerbetreibenden. Der Wahlterrorismus der Sozialdemokraten, der beim geheimen Stimmrecht sich schmerzhaft betätigen kann, scheint sich jetzt bereits auf die Teilnahme an Wahloberparlamenten auszudehnen. Doch das nebenbei.) Die Vermutung lag nahe, daß diese Abstinenz auf höhere Weisung hin geübt wurde. Und sie wird vollaus bestätigt durch den folgenden „Erlaß“, den wir im „Zür. Volksfreund“ finden: „Wir erziehen unsere Genossen allerorts, den gegenwärtigen Versammlungen fernzubleiben. Hauptächlich gilt dies für Neuland, Nürnberg und Koblenz. Der Vorstand des Sozialdemokratischen Landesvereins für den Wahlkreis Koblenz.“

Schließlich also und öffentlich wird den sozialdemokratischen Arbeitern verboten, sich über die Anschauungen der politischen Gegner zu orientieren. Das ist ein glänzendes Beispiel der geistigen Freiheit, wie sie die Genossen meinen, aber es ist auch ein Zeichen dafür, wie gering der Mut der Sozialdemokraten ist und wie schwach das Vertrauen in die Haltbarkeit der eigenen Lehren. Die Vorsicht soll ja der bessere Teil der Tapferkeit sein, aber ob sie gerade dem deutschen Arbeiter sehr imponieren wird? Die Sozialdemokraten führen angeblich einen Kampf mit geistigen Waffen und fordern, daß man sie nur so beschaffen soll. Will man das aber in Versammlungen unternehmen, dann schreien sie entweder den Redner nieder — das war die ältere Taktik, die dem Renommee der Partei sehr geschadet hat —, oder sie boykottieren ihn von vornherein. Man kann sich kaum vorstellen, daß gebildete Arbeiter sich eine solche Bevormundung und „politische Absonderung“ auf die Dauer gefallen lassen.

Der „Vorwärts“ gegen die Revisionisten.

Der „Vorwärts“ hat den sozialdemokratischen Parteitag in Leipzig mit schweren Beschuldigungen gegen die Revisionisten eingeleitet. In seinem Begrüßungsartikel schreibt der „Vorwärts“: „Wer den Parteitag zwingen will zu Say und Sey, der sei auch Manns genug, die Verantwortung auf sich zu nehmen; wer dem Parteitage Zeit stiehlt, dem sei wenigstens der Spatz verdorben, auf andere mit Fingern zu weisen und zu schreien: Holtet den Dieb!“ Der „Vorwärts“ ruft selbst hinter den Revisionisten her: Holtet den Dieb! Er wirft eine besondere Beilage dem Nachweis, daß die Revisionisten die Schuld an den Streitigkeiten tragen, die in den letzten Wochen und Monaten innerhalb der deutschen Sozialdemokratie entbrannt sind. Karl Kautsky erklärt gegenüber seinem Parteifreunde Quessel: „Die Unanständigkeit in der Form, ebenso wie die Schärfe des Aburteilens über Dinge, von denen er keine Ahnung hat, kennzeichnen den Mann.“ J. Karski wirft dem Abg. Heine intellektuelle Brunnenvergiftung vor. Der Reichstagsabgeordnete Hoch verpöchtel seinen Fraktionskollegen Heine als ein „unerschütterliches Vorbild von Ehrlichkeit, Höflichkeit und Kollegialität“. Franz Wähling wirft Bernstein und Naumburger vor, daß sie die Masse nicht aufklären, sondern verwirren. Wehrhach ist in den letzten Wochen die Frage eines Wahlbündnisses zwischen Freisinnigen und Sozialdemokraten erörtert und sogar gewissermaßen als Vorbedingung für die Einigung der linksliberalen Parteien hingestellt worden. Nun weist aber J. Karski am Sonntag im „Vorwärts“ jedes Wahlbündnis der Sozialdemokraten mit den Liberalen mit folgenden Beschimpfungen der Freisinnigen zurück: „Wir meinen, die Arbeiter würden so wie so aus Realitätsgründen jedes Zusammengehen mit diesem Geschmeiß unter allen Umständen von sich weisen.“ Man wird der „Völk. Ztg.“ recht geben, wenn sie gegenüber dieser sozialdemokratischen Anpöbelung die Frage aufwirft: „Und trotzdem sollen die Freisinnigen ihre Parteitüchtigkeit zu einem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie erklären?“

Deutsches Reich.

— Die „konservative Vereinigung“. Die „Tägl. Rundschau“ wird um Aufnahme folgender Mitteilung gebeten: Die konservative Vereinigung, welche in der konservativen Partei ein Gegengewicht gegen die Bestrebungen des Bundes der Landwirte und gegen die Zentrumsfreundschaft sein will, hat sich auf Grund des von uns seinerzeit veröffentlichten Aufsenes konstituiert. Dem Vorstand gehören folgende Herren an: Dr. Biller-Berlin, Dentist Paul Thimelack-Berlin, Postinspektor Eppich-Breslau, von Braunenitz-Potsdam, Eisenbahnsekretär Gajeloff-Behlendorf, Pastor Koch-Berlin, Ingenieur Lehmann-Mogau, Prof. Neuy-Karlsruhe, Redakteur Müller-Rogel, Faktor Müller-Rankow, Schriftsteller Nonnemann-Groß-Niederfelde.

find. Diese Ziffern erscheinen sehr gering, wenn wir dabei berücksichtigen, daß in diesen Jahren die Masse pro Jahr 36 000—42 500 mit Erwerbsunfähigkeit verbundene Krankheitsfälle zu verzeichnen hatte. Wie sehr aber die Organe der Krankenversicherung durch den Alkoholismus belastet werden, läßt sich auch einigermaßen aus den mitgeteilten Ziffern ersehen. Nehmen wir dieselben als Verhältniszahlen, so würden laut vom Kaiserlichen statistischen Amt herausgegebenen Berichten im Jahre 1905 34 375, 1906 39 226, 1907 45 243 der in der Reichsstatistik aufgeführten Krankheitsfälle auf Alkoholismus zurückzuführen sein. Berechnen wir dieselben zu den ermittelten durchschnittlichen Kosten eines Krankheitsfalles, so würde sich in den drei Jahren eine Summe von 6 295 451,39 M. ergeben, eine sehr respektable Summe, die sich aber in der Zeit wesentlich höher belaufen würde, da zumeist die Kosten für Alkoholtrinker bei den Krankenkassen wesentlich höher wie die durchschnittlichen Kosten sich belaufen, da aber zweitens auch mit Sicherheit anzunehmen ist, daß bei der großen Zahl von Krankheiten des Nervensystems, des Verdauungsapparates und der Harn- und Geschlechtsorgane, welche die genannte Klasse alljährlich zu verzeichnen hat, weit mehr Fälle wie die angeführten auf Vermehrungen Alkoholgenusses zurückzuführen sind. Jedenfalls liefern die mitgeteilten Zahlen den erneuten Beweis, wie sehr die Organe der Arbeiterversicherung durch den Alkoholismus belastet werden, aber auch, daß alle Veranlassung für sie vorliegt, der Alkoholfrage intensiver Beachtung zu schenken als dies bisher der Fall war.

— König Edwards Renaissance. Eine genaue Aufstellung über die Summen, die König Edwards Erbe bis zum 17. Juli 1909 ihrem Besitzer gewonnen haben, wird in Freys Magazin gemacht. Die Gesamtsumme beläuft sich auf 3 631 920 M., die sich auf folgende Jahre verteilen. Mit besonders hohen Gewinnen erscheinen in der seit 1893 geführten Liste die Jahre 1896 mit 688 280 M., 1897 mit 815 400 M., 1900 mit 587 700 M., und das Jahr 1909, das bis zum Juli 281 540 M. aufweist.

Oberleutnant a. D. v. Rabenau-Friedenau, Fabrikbesitzer Nieger-Luxemburg, Generalleutnant z. D. v. Schmidt-Hannover, Kaufmann Schmidt-Rankow, Landwirt Schmidt-Hals-Groß-Hankow, Redakteur Sonntag-Potsdam, Juwelier Weber-Rankow.

Badische Politik.

Aus der badischen Wahlbewegung 1909.

Aus dem Wahlkreise Schwellingen.

„Wählerversammlung“ der Karlisten.

X Schwellingen, 14. Sept. Die Karlisten hielten am letzten Sonntag in Klühheim eine Versammlung. Dieselbe war platziert als „Wähler-Versammlung“. Allein der Werbesatz kam hinten nach. Unten stand zu lesen: Freunde und Anhänger der Kandidatur Karl sind willkommen. Damit war eigentlich den Gegnern schon von vornherein die moralische Berechtigung genommen, auch zu erscheinen. Aber da es noch immer Leute gibt, die annehmen, daß eine Wähler-Versammlung, die öffentlich angezeigt ist, auch im allgemeinen zugänglich ist, so fanden sich in der Versammlung Nationalliberale, Demokraten und Sozialdemokraten ein. Damit feiner es wage, etwa in der noch der Kandidatentrede des Herrn Pfarrers Karl eröffneten „Diskussion“ das Wort zu ergreifen, bemerkte der Vorsitzende, Pfarrer Dr. Meyer-Hodenseim: „Wir haben nur Freunde und Anhänger der Kandidatur Karl eingeladen. Ich überlasse es dem Takt und dem Ehrgefühl der anwesenden Gegner, ob sie unter diesen Umständen das Wort ergreifen wollen“. Die Nationalliberalen verließen nach dieser Anrede die Saal. Wer wollte auch „takt- und ehrlos“ sein? Für eine solche Kampfesweise gibt es nur eins: Niedriger hängen! — Nächsten Sonntag wird Herr Pfarrer Klein, der nationalliberale Kandidat in Klühheim im „Dirich“ eine öffentliche Wählerversammlung mit freier Diskussion abhalten.

Aus anderen Zeitungen u. Zeitschriften.

In den „Münchener Neuesten Nachrichten“ vom 16. Juli (Nr. 327) berichtet Herr Professor Dr. Fritz Baumgarten in Freiburg i. B. unter dem Titel über das Ergebnis einer Enquete, die der Verein akademisch gebildeter Lehrer Badens über den gemeinsamen Schulbesuch veranstaltet hat. Er schließt seine Ausführungen mit den Worten: „So sieht es also mit den vortrefflichen Erfahrungen, die in Baden mit der Zusammenziehung der Geschlechter gemacht worden sind, vorläufig recht bescheiden aus. Das Resultat der badischen Umfrage gibt denen recht, die in dieser wichtigen Erziehungsfrage vor übereilten Schritten mit allem Nachdruck warnen.“

Im Zentralblatt des Bundes deutscher Frauenvereine sucht Udele Steinmann den Freiburger Professor zu widerlegen und kommt zu folgendem Ergebnis:

„Ich sehe in dieser Auffassung der Lehrwelt durchaus keinen Beweis dafür, daß der Mann sein Anteil gefühlsmäßig-intuitiv gewinnt, während die Frau es gern rational begründet sehen möchte, sondern einfach eine ganz natürliche, allgemein menschliche Erscheinung, die kaum anders zu erwarten war. Die akademisch gebildeten Lehrer Badens beweisen durch ihre auf dieser Grundlage stehende Resolution gar nichts für oder gegen die Koedukation, sondern sie beweisen nur, daß sie genau ebensolche Menschen sind wie alle anderen auch, die sich an neue Situationen und Betrachtungsweisen immer erst gewöhnen müssen. Den geistig Beweglicheren gelingt das im Lauf ihres individuellen Lebens, bei den anderen muß erst eine Generation, bisweilen sogar mehrere, darüber hingehen. Der einzige Trost, den man ihnen geben kann, ist der, daß auf die eine oder die andere Art die Anpassung erreicht werden wird. Sie werden sich daran gewöhnen, nach denselben Gesetzen, nach denen die ganze Menschheit sich unausgesetzt an jeden neuen Gedanken und jede neue Form gewöhnt, die ausnahmslos das Schicksal haben, erst als unmöglich und die Menschheit dem Ruin entgegenführend bekämpft, später als berechtigte Eigentümlichkeit gebildet, dann als grundlegend und allgemein anerkannt, beliebt und schließlich als veraltet überwunden zu werden. Wer das schon öfter mit angesehen hat, der kann warten. Die badischen Mittelschullehrer und ihnen voran Herr Baumgarten mögen sich gebulden, schließlich erscheint auch noch der Tag, wo die Zulassung der Mädchen zu den Knabenschulen als rückständig zum alten Eisen kommt.“

Zur Verfündigung in der inneren Politik macht die „Magdeb. Ztg.“ einige erwägenswerte Vorschläge: Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die gegenseitige Bekämpfung der früheren Blockbestände dem Radikalismus zugute kommt. Wenn die konservative Presse aus diesem Umstände die Schlussfolgerung herleitet, die Liberalen sollten die Kritik der konservativen Finanzpolitik einstellen, so ist das ein Anspruch, dessen Berechtigung man auf liberaler Seite nicht anerkennen wird. Die Voraussetzungen für eine Wiederannäherung zwischen den Konservativen und den Liberalen, insonderheit den Nationalliberalen, werden vielmehr von den Konservativen hergestellt werden müssen, da sie es sind, die das Blockverhältnis gelöst und die gegenwärtige politische Situation geschaffen haben. Daß man sich auf der rechten dieser Sachlage bewußt ist, beweisen die Vorschläge, die man innerhalb der konservativen Partei sich gemacht hat, so insbesondere der von der „Kreuzzeitung“ an den Bund der Landwirte gerichtete Vorwurf, er habe mit keiner einseitigen Bekämpfung der Reichsteuer auf das Erbe der Ehegatten und Kinder als einer vorzugsweise die Landwirtschaft belastenden Steuer einen Fehler begangen, der sich jetzt an ihm selber rächen könne. Das führende Blatt der konservativen Partei hat überhaupt durch die neuerliche Behandlung der Erbschaftsteuerfrage gezeigt, daß ihm die Rolle, die diese Steuer in der politischen Entwicklung der letzten Zeit gespielt hat, Bedenken einflößt. Ob man aus diesen Anzeichen schließen darf, daß ein Teil der konservativen Partei bereit wäre, für eine erneute Erbschaftsteuervorlage zu stimmen, wird dahingestellt bleiben können; sollte man dies für möglich oder wahrscheinlich halten, so wäre es vielleicht eine heilsame Politik, wenn Herr v. Weismann-Gölling durch eine solche Vorlage der konservativen Partei gewissermaßen Gelegenheit gäbe, sich herauszuweisen. Denn die Erbschaftsteuer sieht man einmal,

was man auch dagegen einwende, im Drehpunkte der ganzen Lage. Wäre dieser Weg nicht beschreibbar, dann allerdings wird es nach der Meinung erfahrener Politiker wohl so kommen, daß wir, ob nun die nächsten Wahlen in zwei Jahren oder früher stattfinden, erst einmal durch den sozialdemokratischen Sturm hindurch müssen, ehe wir den festen Boden eines in dauerhafterer Form erneuerten nationalen Blocks unter die Füße bekommen.

Deutscher Weinbau-Kongreß.

T. Badenweiler, 13. September.

Kurz nach 10 Uhr nahmen die Verhandlungen im Kurhotel wieder ihren Anfang nach der am Sonntag beschlossenen Abänderung der Tagesordnung. Es kam zunächst Dr. W. Sterner, der Berlin zum Wort, der eine mächtige Rhizopoda gegen die Antialkoholbewegung hielt. In scharfer Weise wandte er sich an die Abstinenzfanatiker, ihnen Einseitigkeit und Ignoranz vorwerfend; die Befürworter der Abstinenz konnten sich in keiner Weise auf die Wissenschaft berufen; sie gehen sogar so weit, daß sie den Alkohol aus der Heilkunde verwerfen. Der Redner zitiert die Aussprüche medizinischer Autoritäten für die Verwendung des Alkohols in der Medizin. Er weist darauf hin, daß der Genuß des Weines im Geschmack liegt; es sei nicht zu verkennen, daß der Kampf gegen die schon ziemlich weit ausgedehnte Abstinenzbewegung kein leichter sei, ihre Irrlehren hätten schon zu tiefen Wurzeln gefaßt. Dem entgegenzutreten sei nur dadurch, daß besondere Kurse an den Universitäten erteilt werden, in denen über die Physiologie des Geschmacks Vorlesungen gehalten werden, nur mit den Waffen der Wissenschaft könne der Bewegung ernstlich entgegengetreten werden, und dazu seien unsere Kräfte in erster Linie berufen. Durch kürzlichen Beschluß befandete der Kongreß seine Zustimmung zu den Ausführungen des Referenten und aus der Mitte der Versammlung wurde der Antrag gestellt, es sei die Drucksache dieses Vortrages zu beschließen, welchem Wunsch die Versammlung auch zustimmte.

In mehr als zweistündiger Rede sprach nun Prof. Dr. K. A. Nisch, Direktor der Kaiserlichen Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt in Colmar i. E. über den „Spontanen Säurerückgang im Wein in seiner Bedeutung für die durch das neue Weingesetz gegebenen Verhältnisse“. Seine Ausführungen drehten sich in der Hauptsache auf die zulässigen Zuckermengen des Weines, einmal an einem Mangel an Alkohol oder dem Ueberflusse an Säure abzuhelfen. Es darf also die Zuckermenge nicht mehr gesehen, um Wein aus geringen Lagen besser verkaufsfähig zu machen. Die Zuckermenge ist zulässig bis zu 20 Prozent, während früher 25 Prozent gestattet waren. Neben seinen nicht verfeinerten Vorteilen hat das neue Weingesetz auch Härten und zwar treffen diese Härten die Binger geringer Weine, sie werden ihr Produkt nur noch schwer verwerthen können, das eigentliche Reklamé hat dadurch ein Vorecht bekommen. Der Referent verweist nun des längeren bei der Erörterung der Zuckermenge der Produkte der einzelnen Sorten, die Befehdung des Säurerückganges der einzelnen Sorten, der Konservierung des Säuregehaltes und spricht die Hoffnung aus, daß auch diejenigen, die nun vom Gesetz etwas hart getroffen werden, sich mit der Zeit mit demselben ausöhnen werden. Jetzt sollte einmal im Weinbau Ruhe und Frieden eintreten und man sollte bestrebt sein, die noch vorhandenen Gegensätze im Weinbau auszugleichen, dafür sollte der deutsche Weinbauverein in erster Linie wirken. Die daran anschließende Diskussion bewachte sich im zustimmenden Sinne.

Nach einer halbstündigen Pause folgte das letzte Referat über die

Bekämpfung des Den- und Quercorns.

Der erste Referent Dr. Schwabert, Leiter der staatlichen Abteilung an der königlichen Weinbauversuchsanstalt in Karlsruhe a. Oardt, gab der Versammlung die von ihm auf Veranlassung der Anstalt gemachten Erfahrungen in der Bekämpfung dieses schädlichen Insektes zur Kenntnis und es wurden diese Ausführungen noch ergänzt von Dr. Watz aus der Großherzog. Wein- und Obstbauhalle in Oppenheim, der den Wärsern noch eine Reihe wichtiger Ratschläge und Mittel zur wirksamen Bekämpfung gab. Die Diskussion wurde nicht beendet und der Vorsitzende gibt noch Kenntnis davon, daß vom Kaiser und vom Großherzog von Baden Danktelegramme eingetroffen seien.

Die Verhandlungen waren damit zu Ende. Der Vorsitzende sprach noch der Kurverwaltung und der Stadtverwaltung für das schöne Arrangement und die gute Aufnahme den herzlichsten Dank aus und schloß sodann die Tagung mit einem begeisterten, aufgenommenen Hoch auf den Großherzog.

Für den Nachmittag hatte der Oberbadische Weinbauverein noch eine Ueberraschung der Delegierten auf der Terrasse des Kurhauses arrangiert: eine Kostprobe der badischen Weine. Ueber 80 Sorten lagen zum Versuch parat und der allzeit rührige Präsident des Oberbadischen Weinbauvereins, Nikolaus Blankenhorn aus Niedermeyer hatte das Arrangement übernommen und fast mit militärischer Schnelligkeit durchgeführt. Eine große Schar hiesiger Markgräfinnen in ihrer weiblichen Tracht stand bereit auf seinen Wink, den gottreich erschienenen Gästen das köstliche Maß zu kredenzen.

Mit dem etwas sänerlich schmeckenden Zwwein wurde die Kostprobe eröffnet, dann folgte in langer Reihe der Markgräfer aus den verschiedenen Lagen und Qualitäten; einer solchen Gesellschaft auserlesenen Weinmännern wurde natürlich nur das Beste geboten und die Gäste sorgten darum auch nicht mit ihrer Anerkennung für den immer noch um seine Anerkennung ringenden „Markgräfer“. Natürlich blieben auch die Kaiserlicher und Breisgauer nicht zurück, auch die boten ihr Bestes, dann kam die Ortenau und die Bergstraße. Allein 61 verschiedene Sorten Zwweinweine mußten ausprobiert werden, aber nicht alle haben sie angehalten; es folgten zum Schluß noch 18 Sorten Rotweine aus der Ortenau, dem Breisgau, vom See und von der Bergstraße.

Der dritte Tag ist ganz dem Vergnügen gewidmet und es sind für diesen zwei schöne Ausflüge in die Rehelände des Markgräferlandes und des Kisterlandes geplant; für beide hatte sich eine ansehnliche Teilnehmerzahl gefunden, so daß die Veranstaltung mit dem dritten Tage seinen würdigen Abschluß findet.

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Eigener Bericht.)

— am Leipzig, 13. Sept.

(Schluß.)

Es folgen die verschiedenen Anträge zur Brandweinsteuer. Uebe, Breslau begründet den Breslauer Antrag, der lautet: „Der Parteitag empfiehlt allen Parteioptionen und der

Partei, eine planmäßige Propaganda zur Herabminderung des Branntweinkonsums zu entfalten. Diese Boykottbewegung soll die Verfürgung des Ertrages der Branntweinsteuer und möglicherweise auch der Liebesgabe zum Ziele haben." Der Schnapsboykott untersteht sich wesentlich dem Bierboykott. Der Bierboykott hat nur den Zweck, die Bierpreise herabzumindern, damit wieder flüssiger getrunken werden kann (Weiterkeit), der Schnapsboykott soll dagegen den Schnapsgenuss dauernd herabsetzen. Freilich können wir kein allgemeines Schnapsverbot an die Parteigenossen erlassen; das würde uns in die schlimmsten Verhältnisse bringen (Weiterkeit). Redner schließt: Vereinigen Sie sich mit uns in den Ruf: Weg mit dem Fasel der Agrarier. (Beif. Beifall.)

Hoffmann-Bielefeld begründet den Bielefelder Antrag, der lautet: „Der Parteitag wolle beschließen, von den Angehörigen der modernen Arbeiterbewegung zu fordern, sich jeden Genusses von Schnaps zu enthalten, um durch diese Steuererweiterung energischer Protest gegen die ausbeuterische Lenepolitik der Regierung einzulegen.“ Es sei der wahre Hohn auf die Arbeiterschaft, wenn man die Biersteuer am 15. August, die Schnapssteuer aber am 1. Oktober in Kraft treten lasse, wie während der erhöhten Biersteuer den Arbeitern an den noch billigen Schnaps zu gewöhnen, sodas, wie die Agrarier hoffen, die Arbeiter ihn dann auch trinken, wenn er teurer geworden ist.

In der Diskussion meint Dr. Frank-Mannheim, daß die Kontingentierung der Branntwein-Produktion jedenfalls leichter sei als die Kontingentierung des Branntwein-Konsums. Der Branntweinboykott würde ein Versuch der Steuererweiterung, der bei dem guten Willen der Arbeiter durchaus glücken würde. Hinter der Verweigerung der direkten Steuern mächte die Revolution stehen, hinter der Verweigerung der indirekten Steuern nur die Revolutionierung der Persönlichkeit. Wenn der Parteitag hier festen Willen bekundet, dann würde zwischen Partei und Gewerkschaft eine Wirkung erzielt werden, bei der den herrschenden Gewalten die Augen übergehen würden. (Beif. Beifall.) — Albert-Breslau spricht gleichfalls für die Anträge und meint, es werde dann nicht mehr vorkommen, daß der „Vorwärts“ ein Inserat aufnimmt, in welchem der Verkauf einer Wirtschaft angepriesen wird mit dem besonderen Hinweis darauf, daß dort viel Schnaps getrunken wird. — Genossin Fiebig-Hamburg erklärt, daß der Parteivorstand den Anträgen freundlichst zustimme und daß er einstimmige Zustimmung des Parteitages bitte. Der Parteivorstand stimmt den Anträgen nicht nur zu, weil dadurch eine indirekte Steuererweiterung herbeigeführt, sondern weil dadurch eine große moralische Wirkung auf die Massen ausgeübt wird, besonders auch auf die Massen, die heute noch abseits der Sozialdemokratie stehen. Wenn wir den Kampf gegen den Branntwein aufnehmen, so wird das ein außerordentlich großer moralischer Erfolg für die gesamte sozialdemokratische Bewegung sein.

Darauf wird die Diskussion geschlossen. Eine von Löss-Breslau vorgelegte Resolution, welche die Anträge zusammenfaßt, wird einstimmig angenommen. (Stürmischer Beifall.) Die Resolution lautet:

Die von der agrarisch-reaktionären Mehrheit beschlossene Erhöhung der Branntweinsteuer bezweckt, einen großen Teil des durch die wohlführende Rüstungspolitik verursachten Einkommensverlusts des Reiches den Schultern der Armen aufzuladen. Zugleich soll durch die Aufrechterhaltung der Kontingentierungspolitik auch fernerehin dem Großgrundbesitzer auf Kosten der Branntweinsteuer ein jahrelanger Extraprofit von über 50 Millionen Mark gesichert werden. Um dieser verbrecherischen Sozialschutzmaßnahme zu begegnen und zugleich dem durch den Branntweinmissbrauch verursachten und geförderten verderblichen und moralischen Elend weiter Volksschichten entgegenzuwirken, richtet der Parteitag an alle Parteigenossen und Arbeiter die Aufforderung, den Branntweinmissbrauch zu vermeiden. Die Parteiorganisationen und die Parteipresse werden aufgefordert, diesen Beschluß in energischer Weise zur Durchführung zu bringen.

Internationaler Kongreß.

Paul Singer berichtet sodann über die Beschidung des im nächsten Jahre stattfindenden internationalen Kongresses in Kopenhagen und über die Tätigkeit des internationalen Bureau's. Singer schlägt vor, den Kongreß zu beschiden und je die Hälfte der Delegationen den politischen Organisationen und den Gewerkschaften zu überlassen. Er hoffe und wünsche, daß der internationale Kongreß seinen Vorgängern würdig an die Seite treten könne. (Beif. Beifall.)

Nach kurzer Debatte wird dem Antrag Singer zugestimmt. Hierauf werden um 7 Uhr die weiteren Verhandlungen auf morgen vertagt.

m. Leipzig, 14. September.

Das erste Thema bildete der parlamentarische Bericht.

Der vom Abg. Ledebour erstattet wurde. Er führte aus: Im Mittelpunkt der Beratungen des Reichstages hat die sog. Reichsfinanzreform gestanden, die den Namen Reichsfinanzreform aber völlig mit Unrecht trägt, da sie nur eine Polkausbeutung darstellt. Im engen Zusammenhang damit standen die Verfassungsanträge, die gerade durch die Finanzreform in ein neues Stadium gerückt sind.

Wedel betritt unter lebhaftem Beifall den Saal und nimmt am Tische des Parteivorstandes vor der Rednertribüne Platz. Trotz seines leidenden Zustandes sieht er verhältnismäßig gut aus.

Abg. Ledebour führt weiter aus. Wegen die Fraktion wird weiter der Vorwurf erhoben, daß sie durch ihre Tätigkeit nicht genügend praktische Erfolge erzielt hat. Es wird uns vorgeworfen, daß wir unsere Vorschläge nicht der gegenwärtigen Zeit angepaßt hätten. Ich behaupte aber dem gegenüber, daß wir durchaus praktisch gearbeitet haben. Unsere Vorschläge sind gemessenhaft darauf geprüft, wie sie überhaupt Anspruch darauf hatten, von den bürgerlichen Politikern angenommen zu werden. So z. B. einmal die Verfassungsanträge und dann die Abänderungsvorschläge.

Was ist aber das Schicksal dieser Anträge gewesen, trotzdem die Zeit für unsere Anträge so günstig war, wie nie zuvor? Die bürgerlichen Parteien haben uns einfach schmählich im Stich gelassen. Der praktische Erfolg ist an der jämmerlichen Haltung der bürgerlichen Parteien ersichtlich. Ganz besonders an der jämmerlichen Haltung der Liberalen.

Freilich die Liberalen haben ihre Anträge so gestellt, daß die im

Hottentottenblock

mit ihnen vereinigten Konservativen sie einbringen konnten. Ähnlich gegangen ist es mit der Abbrüstungsfrage. Die Situation war günstig für uns noch nie. Wir blieben aber allein mit Ausnahme von Naumann. Alle unsere Anträge wurden abgelehnt, da sie nicht zeitgemäß waren. Je stärker die sozialdemokratische Partei im Reichstage wird, desto weniger können wir praktische Erfolge erzielen, weil sich dann die bürgerlichen Parteien die Gefahr vor Augen stellen, daß die Sozialdemokratie die Oberhand gewinnt. Darum richtete sich die Taktik der bürgerlichen Parteien von jeher darauf, unsere Anträge abzulehnen und selbst ähnliche Anträge einzubringen, oder sie durch Amendement zu schwächen, um zu sagen: Sehen Sie, die Sozialdemokratie bringt nichts fertig. Mit besonderer Verissenheit verfolgt das Zentrum diese Politik.

Trotzdem mag es hier und da Genossen geben, die uns andere Vorschläge zu machen haben. Die bitte ich dann vorzutreten. (Weiterkeit.) Die Massensteuerrückbildung von nicht weniger als 450 Millionen, die uns die Finanzreform gebracht hat, steht wie gelagt, im engsten Zusammenhang mit unseren Verfassungsänderungen und nur dadurch ist die Möglichkeit dieses ungeheuerlichen Vorgangs zu erklären.

Hinter der bundesstaatlichen Verfassung des deutschen Reiches haben wir immer das persönliche Machtverhältnis ins Auge zu fassen und zu unteruchen, wie sich die Dinge in Wirklichkeit abspielen. Die bundesstaatlichen Regierungen sind tatsächlich nur eine Nebenregierung zwischen dem im ganzen deutschen Reich herrschenden Preußen. Was Preußen ist, brauche ich ihnen hier wohl nicht zu sagen. (Weiterkeit und Zurufe: Nein, nein!) Es ist ein vollständig bürokratisch regierter Staat, in welchem nach dem Willen der preussischen Junker regiert wird, und in welchem Abgeordneten wie Herrenhaus einmütig die Geschäfte der Regierung besorgen. Die anderen bürgerlichen Parteien haben sich mit diesen Zuständen abgefunden und unterstützen bald das Zentrum, bald den Liberalismus und das Junkertum. Im Nebentamt betreibt der preussische Ministerpräsident die Geschäfte des deutschen Kanzlers. (Weiterkeit.)

Der Bundesrat trägt seinen Namen auch zu unrecht. Er ist nur dekoratives Beiwerk und es gehört viel zum guten Ton, nur davon hervorzutreten, wenn man sich mit der preussischen Regierung im Einverständnis befindet. Schon lange hat sich auch Bayern löblich unterworfen. Dies trat besonders bei der Finanzreform zutage, als die bayerische Regierung nicht einmal bei der Elektrizitätssteuer in Opposition zu treten wagte.

Dieser Zustand, daß die preussische Bürokratie im Reich regiert, hat dann auch zur Folge gehabt, daß im deutschen Reich die verschiedenen Parteien den Junkern die Steigbügel hielten. Der Hottentottenblock bedeutet eine Unterstützung der Junker durch Zentrum und Polen. Der große Ehrgeiz des Liberalismus und Zentrums drückt sich darin aus, wer von ihnen die Gnade hat, jeweils den Junkern die Steigbügel zu halten. (Weiterkeit und Beifall.) Obwohl der einzige Erfolg des Hottentottenblocks in ein paar roten Adlerorden 4. Stufe bestanden hat.

Der neue Block ist nicht wie der Hottentottenblock eine reine Ehe zwischen Karpsen und Raninchen, sondern so eine Art Trielverhältnis, das auf Grund einer Zeitungsannonce gesuchte unnatürliche Verhältnis zu dritt. (Große Weiterkeit.) Unsere Pflicht ist es unter diesen Umständen nach wie vor, die schärfste Opposition gegen dieses Regierungssystem zu machen. Nichts wäre törichter, als zu warten bis etwa der Liberalismus etwas mehr Opposition macht. Das würde dem alten Volksschicksal entsprechen: „Immer langsam daran, immer langsam daran, daß der Krüppel den Landsturm nachkommen kann.“ (Weiterkeit und Beifall.) Wir würden unter diesen Umständen eine Politik machen, durch welche die Krüppelerei der Liberalen und Zentrums sich gestalten, wie wir es wiederholt am eigenen Leib verspüren mußten. Wir haben ja unfererleits schon gründlich mit dem persönlichen Regiment abgerechnet; allein auf dieses verabschiedete Machtverhältnis reinkliziert das ganze Verhasst, das wir an den Tag legen mußten. Dazu kommt, daß die Reichsfinanzreform auch ohne jedes Wandelgesch vorgelent worden war, weil die Regierung darauf spekulierte, daß sie von der wechselnden Mehrheit angenommen würde.

Dagegen müssen wir auf das schärfste Front machen, weil ein solches Vorgehen am Ende auf einen Verfassungsbruch hinausläuft. Ueberhaupt müssen wir gegenüber dem herrschenden Regierungssystem grundsätzlich in scharfer Opposition bleiben. Wir haben das ja auch im Reichstage getan. Hüten wir uns vor dem Liberalismus, der nur darauf wartet, wieder in ein günstiges Verhältnis zu kommen, um dann auf neue wieder forup zu wirken. Darum ist es auch falsch, wenn wir uns die Behauptung der Liberalen zu eigen machen, daß der „ungekrönte König von Preußen“, den Fürsten Bismarck geführt hat. Daß Konservativen und Zentrum den Fürsten Bismarck stützten, war ihr gutes Recht und wir hätten diesen Scheufußpolster und Feind der Sozialdemokratie ebenfalls mit Feinden gestützt. Was wir boher den Konservativen wie auch dem Zentrum zum Vorwurfe machen, ist nur ihre Deuscherei, mit der sie immer wieder sagen, wir wollten Bismarck garnicht stürzen, sondern nur einige kahlische Neuerungen einführen.

Wir haben also die brutalste Parteiregierung in Deutschland, die noch wie vor ihre Spitze am schärfsten gegen die Arbeiterklasse richtet. Deshalb ist jedes Bakterien für uns ausgeschlossen. Redner spricht dann über das Verhältnis der anderen Parteien. Die Hauptfrage ist: Wie stellen wir uns zum Liberalismus? Es ist uns geraten worden, möglichst nachsichtig zu sein, damit die Krüppel an unsere Seite treten können. Zwei Fragen werden da immer durcheinander geworfen, nämlich das Zusammengehen bei Anträgen im Reichstage und das Zusammengehen bei den Wahlen. Wir haben niemals den Liberalen unterlag, für unsere Anträge zu stimmen. Es dies in Bezug auf das Zusammengehen bei den Wahlen gegenüber den bisherigen Verhältnissen etwas ändern würde, läßt sich heute noch nicht sagen. Wir wollen abwarten, ob die Liberalen auch bei den Wahlen Opposition gegen die Mehrheitsparteien und gegen die Regie-

rung machen. Doch wir auf unsere Grundzüge oder auf die Aufstellung eigener Kandidaten zugunsten der Liberalen verzichten würden, ist eine Forderung, die sicher keinen Widerhall in dieser Versammlung finden wird. (Beifall.) Wir fahren am besten, wenn wir auf das schärfste Opposition machen gegen das Regierungssystem in allen seinen Zweigen. Es zeigt sich ja bei allen Nachwahlen, welche Aufschwung die Sozialdemokratie nimmt. Man sagt, die Sozialdemokratie hätte das Vertrauen des Volkes gewonnen, weil sie für das Prinzip der Erbschaftsteuer eingetreten sei. Wir sind in das Vertrauen des Volkes besser hineingewachsen wegen unserer entschiedenen Gegnerschaft gegen alle Grundzüge der bürgerlichen Parteien. Nur durch unsere Opposition gegen das ganze Regierungssystem, so schließt der Redner, können wir uns das Vertrauen des Volkes erhalten. (Beifalliger Beifall.)

Der Vorsitz hat inzwischen Ribinsky-Weipzig übernommen. Zu dem parlamentarischen Bericht liegen eine Reihe von Anträgen und Resolutionen vor, wovon 6 genügend Unterstützung finden. Die Resolutionen zur Sotgängerei der württembergischen Genossen sollen als besonderer Punkt der Tagesordnung behandelt werden.

Dr. Stadnauer-Dresden begründet dann folgenden Antrag des 5. sächsischen Kreises: Die Reichstagsfraktion ist zu beauftragen, den Antrag auf gleichmäßige Einteilung der Reichstagswahlkreise so oft als irgend angängig einzubringen. Bei Reichstagswahlen ist bei Unterstützung eines bürgerlichen Kandidaten demselben mit zur Pflicht zu machen, für diese unsere Forderung einzutreten. Im Falle seiner Weigerung ist ihm von der Parteileitung unsere Unterstützung zu verweigern.

Kamph-Dresden beantragt namens des 4. sächsischen Kreises: Der Parteitag wolle beschließen, unsere Fraktion im Reichstage zu beauftragen, einen Antrag einzubringen die Herabsetzung der 5jährigen Legislaturperiode auf die ursprünglich dreijährige gefordert wird.

Arbeitersekretär Müller-Hamburg begründet eine langatmige Resolution, welche die fortschrittliche Besetzung der seemannischen Gesetzgebung fordert und die Fraktion auffordert: 1. einer durchgreifenden Revision der Seemannsordnung und ihrer Nebengesetze vom 2. Juni 1902; 2. Einführung einer scharfen staatlichen Aufsicht des gesamten Schiffsahrtbetriebes unter Mitwirkung aller Schiffsahrtinteressenten; 3. Errichtung eines Reichsschiffsahrtamtes und wochenweise Besatzungsstellen; 4. Schaffung von Seeschiffengerichten und Arbeitsämtern auf den Schiffsahrtbetrieben das Wort zu reden.

Die Debatte beginnt Abg. Stadthagen. Er stellt eine Behauptung über Unstimmigkeiten in der Kommission bei der Behandlung der Bauarbeiterfrage richtig. Währenddessen herrscht im Saale große Unruhe, bis Redner zur Erbschaftsteuer

spricht. Bezüglich der Erbschaftsteuer führte Redner aus, daß in der Fraktion tatsächlich Meinungsverschiedenheiten zwischen der zweiten und dritten Lesung bezügl. der Regelung dieser Frage bestanden hätten. Von verschiedenen Seiten habe man verlangt, daß die Fraktion für die Erbschaftsteuer stimme. Wenn die Fraktion eines solchen Beschlusses gefaßt hätte, so hätte ich gegen diesen Beschlus gestimmt und mich im Plenum der Abstimmung enthalten. Das hätte ich getan, weil die ganze Erbschaftsteuer nur das Sprungbrett gewesen wäre, um dem Volke die ungeborene Last der indirekten Steuern aufzuballen. Deshalb habe ich gelagt, diesen Schwinkel made ich nicht mit. (Beifall, Lärm bei den Revisionsisten.)

Schubert-Spandau polemisiert gegen die Reichstagsfraktion. Bei der Finanzreform hätte diese unbedingt Obstruktion treiben sollen. Die Vorbereitungen für eine Obstruktion waren in der Stimmung des Volkes vorhanden. Man hätte Obstruktion treiben sollen, wenn es auch nur die verkürzte gewesen wäre. (Wedel ruft: Wie denn?) Auch unter der abgeänderten Geschäftsordnung wäre die Obstruktion möglich gewesen. (Wedel ruft mehrfach: Wie denn?) Uns kann kein Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien helfen. Nur durch die

Propagierung der Resolutionsbe

können wir die Partei vorwärtsbringen. Wir lehnen jedes Zusammengehen mit den Liberalen und den Freisinnigen ab und die Genossen, die ein solches Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien befürworten, sollten gleich zu den Parteien übergehen. (Beifall. Abg. Frank ruft: Die Galerie!)

Schröder-Hannover: Im Lande ist man überzeugt, daß die Fraktion in allen Fragen die Interessen des Volkes vertreten hat. Bezüglich der Obstruktion bin ich der Meinung, daß die Fraktion keine Obstruktion machen solle, um Stimmung im Lande zu erzielen, sondern um parlamentarische Erfolge zu erzielen. Davon konnte aber keine Rede sein. Vorwürfe haben sich nur gegen die Fraktion gerichtet bezüglich der Erbschaftsteuerfrage. Es hat allgemeines Erkennen erregt, daß seitens verschiedener Parteigenossen die Vorgänge in der Fraktion an die Öffentlichkeit gezeit worden sind. (Beifall.) Wenn unsere Gegner nicht immer so lächelhaft wären, so hätten sie diese Vorgänge gegen uns in scharfer Weise ausschalten können. Es darf nicht wieder vorkommen, daß ein Parteigenosse erklärt, er würde sich nicht um den Fraktionsbeschlus kümmern. Für die Fraktion muß dieselbe Disziplin gegenüber den Fraktionsbeschlüssen gelten, wie uns gegenüber den Parteitagbeschlüssen. (Beifall.)

Wagner-Braunschweig: Unsere Agitation gegen die Reichsfinanzreform ist einigermaßen beeinträchtigt worden durch den Zweifel über die Haltung der Fraktion gegenüber der Erbschaftsteuer. Wenn der Block den Kanzler grettet und die Erbschaftsteuer bekommen hätte, dann hätten diese Herren wahre Orgien wegen der Bewilligung indirekter Steuern gefeiert. Die nationalliberal-freisinnige Heuschler-Politik hätte keinen Augenblick unsere Unterstützung finden sollen. Wir hätten keinen Augenblick dem Kanzler Folge leisten können. (Widerpruch bei den Revisionsisten.) Die Steuern, die Bismarck mit seinen Leuten gemacht hätte, wären eine hinterlistige Spießbüberei gewesen. (Lachen bei den Revisionsisten.) Man hätte unbedingt durch Streikdemonstration die Reichsfinanzreform verhindern sollen. Man hätte das Reichstagsgebäude durch ungeheure Massen umzingeln

lassen sollen. (Großer Lärm bei den Revisionisten.) Man sagt, das hätte nicht genügt, aber die diplomatische Politik der Reichstagsfraktion hat auch nicht genügt. (Lachen bei den Revisionisten, demonstrativer Beifall auf den Galerien.)

Winiſchjewie-Beuthen wendet sich gegen die polnische Reichstagsfraktion wegen ihres Verhaltens bei der Reichsfinanzreform.

Südekum-Nürnberg führt aus, daß die Aufmerksamkeit der Fraktion auf drei Punkte gerichtet gewesen wäre. Einmal wegen der Gegenüber der bürgerlichen Parteien, zum anderen darauf, die Steuer nach Möglichkeit so günstig wie möglich zu gestalten und drittens die Aufrüttelung der Massen. Der erste Teil, der Sturz der Blochpolitik ist erreicht worden durch unsere Arbeit im Reichstag und in den Kommissionen. Es ist uns tatsächlich gelungen, die Gegenüber der bürgerlichen Parteien so zu verschärfen, daß der Bloch in Trümmern ging. (Lied in die Luft: Auch das haben wir nicht gemacht!) Redner schließt: Ich glaube, die Fraktion hat unter den gegebenen Umständen mit den gegebenen Mitteln die Probleme, die zu lösen gewesen sind, in der Tat gelöst. Wir können uns nicht an die Seite des Zentrums und seiner Schlächterfreunde stellen. (Beifall bei den Revisionisten.)

Schmalfeld-Bremerhaven spricht sich für eine fortschrittliche Gestaltung der Seemannsgesetze aus.

Reichstagsabg. Hoch-Hanau: Auch ich gehöre zu denen, welche Mitteilungen über die Differenzen in der Fraktion wegen der Erbschaftsteuer gemacht haben. Ich habe das getan, weil das ein Gebot der Gerechtigkeit gegenüber den Genossen war. Es wurde bei der ersten Lesung der Erbschaftsteuer mit 18-16 Stimmen beschlossen, daß Singer im Plenum erklären sollte, wie würden gegen die Erbschaftsteuer stimmen. Erst in einer weiteren Verhandlung ist gesagt worden, daß wir uns nicht festlegen sollten. (Zuruf der Revisionisten: Das ist auch früher gesagt worden!) Es ist beschlossen worden, in der dritten Lesung gegen die Erbschaftsteuer zu stimmen. (Lebhafter Widerspruch bei den Revisionisten, Zuruf: Es ist gar nicht beschlossen worden.) Südekum sagt, wir hätten durch unsere Taktik die Blochpolitik zersprengt. Darauf will ich nicht näher eingehen. Für uns war die Reichsfinanzreform die Hauptfrage, während der Bloch für das Zentrum die Hauptfrage war. Was in der Finanzreform zu Fall gekommen ist, das sind die Steuern, die die Herrschenden berühren, (Widerspruch bei den Revisionisten) die schlimmsten Steuern aber sind angenommen worden. Wir müssen uns von dem Gaukeleispiel der Liberalen fernhalten, als ob die Erbschaftsteuer die Hauptsache sei. Die indirekten Steuern waren die Hauptsache. Die Erbschaftsteuer war nur das Feigenblatt, um die indirekten Steuern hereinzubekommen. Man kann hier nicht vom „kleineren Uebel“ sprechen, denn es wird eine neue Steuerreform nachfolgen. Die unklare Haltung der Fraktion hat die Partei geschädigt. (Lebhafter Beifall auf den Galerien. Ruf: Das ist unglaublich, Sie haben ja selbst mitgestimmt.)

Vöbe-Breslau: Die Abstimmung über die Erbschaftsteuer konnte gar nicht anders sein, wenn wir nicht unsere Agitation unterbinden wollten. Hätte man gegen die Erbschaftsteuer gestimmt, so hätte man einen Fehler gemacht. (Beifall bei den Revisionisten.)

Dr. David-Mainz: Wenn sich die Reichstagsfraktion in der Erbschaftsteuerfrage an ordentlich festgelegt hätte, dann hätte sie eine große Seele begangen. Es ist ausdrücklich in der Fraktionsfassung beschlossen worden, die endgültige Stellung zur Erbschaftsteuer bis zur 3. Lesung offen zu lassen. Die aber die Dinge gelegen haben, habe ich in der dritten Lesung dafür gestimmt. (Sehr richtig! bei den Revisionisten.) Es ist darauf hingewiesen worden, daß wir programmgemäß auf die Erbschaftsteuer festgelegt sind. Kaustky verlangt in der „Neuen Zeit“, daß dieser Parteitag sich in einer Form festlegen sollte und zwar in negativer Weise. Unser Programm verlangt die Erbschaftsteuer. Das ist unsere Stellungnahme ohne Kaustky, wir müßten denn in unserem Programm sagen, wir sind für die Erbschaftsteuer, aber wenn die bürgerlichen Parteien eine solche Steuer einbringen, dann sind wir dagegen. (Zustimmung mit Heiterkeit bei den Revisionisten.) Wenn wir gegen die Erbschaftsteuer gestimmt hätten, wäre dann unsere Stellung im Volke besser geworden? Man würde uns sagen: Ihr habt ja auch dagegen gestimmt, Item in Arm mit Junkern und Waffen. (Sehr richtig! bei den Revisionisten.) Das wäre zu eine charmonte Situation! Ich fordere den Genossen Hoch auf, einmal mit uns auf dem Lande mit seinen Genossen Agitation zu treiben. Uns wird ja heute schon vorgehalten, die Sozialdemokraten wollten ja gar nicht für die Erbschaftsteuer stimmen. Ich habe hier ausgesprochen, daß wir nicht mit Junkern und Waffen gegen die einzige Besitzsteuer, die Erbschaftsteuer, stimmen durften.

Abg. Seyer-Leipzig: Die Verwirrung in der Erbschaftsteuerfrage in der Presse ist dadurch hervorgerufen worden, daß ein Teil der Genossen unbedingt für die Erbschaftsteuer stimmen wollte. Das zweite Geſetz über die Erbschaftsteuer war eine Verhänzung der ersten Vorlage zu Gunsten der Agrarier und des Zentrums. Wir durften für ein solches Geſetz nicht stimmen. Wir durften auch in Zukunft den Stempel nicht mitmachen für eine solche Verhänzung dieses Geſetzes zu stimmen. Wir sollten also die Steuerfrage auf dem nächsten Parteitage beraten. Die Erklärung Singers in der ersten Lesung hätte für uns bindend sein müssen. (Widerspruch bei den Revisionisten, Zuruf David.) Natürlich, dem Genossen David wäre es möglich gewesen, den Abg. Singer im Reichstage zu desabonieren. In Nürnberg haben wir eine Resolution gefaßt, die auch eine Deklaration des Parteiprogrammes darstellt. Redner verliest die Resolution des Parteitag, zu deren Schluß die Erbschaftsteuer gefordert wird. (Zuruf der Revisionisten: Also Parteitagbeschluss!) Redner fährt fort: Darin ist aber vorausgesetzt, daß die indirekten Steuern abgelehnt werden müßten. Abg. Südekum ruft: Eine traurige Auslegung des Parteitagbeschlusses.)

Der Redner fährt fort: Hängt denn die Existenz der Partei von der Erbschaftsteuer ab? (Lärm und Beifall.) Ich halte das, was von Vöbe ausgesprochen worden ist, für eine reine Wahlpolitik, weiter nichts. (Großer Lärm bei den

Revisionisten.) Wir haben keine Wahlpolitik, sondern prinzipielle Politik zu treiben. (Großer Lärm bei den Revisionisten, demonstrativer Beifall der Galerien.)

Maurer-München erklärt, daß er sich angefaßt der Ausführungen der radikalen Genossen als ein recht dummes und Bayer vorkomme. Die Stellung der Fraktion habe eine vorzügliche Waffe geliefert. Wir sind in der Lage, eine geschickte Wahlpolitik zu treiben. Ledebour sagte, wenn uns die Gegner loben, so haben wir unstreitig eine Dummheit gemacht. Nun heult aber das Zentrum und die Konserverfabriken schreien nach der Regierung, daß sie unsere Agitation unterbinden. Das zeigt doch, daß wir keine Dummheit gemacht haben und das zeigt die Nachwahl. Das zeigt insbesondere Reußhadt-Landau. Dort ist doch der Erfolg erzielt, daß viele Hunderte vom Zentrum abgewandert sind. (Zuruf: Wegen der indirekten Steuer!) Nein, auch wegen der direkten Steuer. Ueber die Straßendemonstrationen will ich mich hier nicht äußern. (Abg. David ruft: Straßendemonstrationen wegen der Erbschaftsteuer?) Redner fährt fort: Die Zentrumspreſſe kann mit der Hochſten Rede ein Flugblatt drucken. Genau dieselben Ausführungen werden uns vom Zentrum an den Kopf geworfen. (Beifall und Widerspruch.)

Dießmann-Hanau meint, daß wie in der Fraktion, so auch in der Partei die Meinungen über das, was richtig sei, in dieser Sache auseinandergehen und daß man deshalb die heutige Aussprache nur begründen könne, da man ja noch nicht vor der letzten Finanzreform stünde.

Hierauf wird kurz vor 1 Uhr die Debatte auf nachmittags 3 Uhr vertagt.

Bürgerausschussführung in Heidelberg.

am Heidelberg, 13. Sept.

Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Dr. Wildens, eröffnete die Sitzung um 14 Uhr. Anwesend sind 76 Bürgerausschussmitglieder. Vorher in die Tagesordnung eingetretene wird, indem der Vorsitzende den drei verstorbenen Mitgliedern der Versammlung einen herzlichen Nachruf. Es sind dies Herr Kaufmann Friedrich August Wolff, der nahezu 30 Jahre aktiver Stadtrat war, ferner Herr Stadtrat Wilh. Krüger, der 9 Jahre in der städtischen Verwaltung tätig war, und Stadtverordneter Hofrat Professor Dr. Löffler, der vom Jahre 1900 an als Mitglied dem Bürgerausschuss angehörte. Zum Ehrennden Gedächtnis der Verstorbenen erheben sich die Anwesenden von ihren Sitzen. Der Vorsitzende eröffnet hierauf die Generaldebatte zu den drei ersten Vorlagen betr.: 1. Aenderung der Dienst- und Gehaltsordnung für die Beamten der Stadtgemeinde. 2. Aenderung des Gehaltsstafels für die Beamten der Stadtgemeinde. 3. Aufhebung der Bezüge der nichtetatmäßigen Beamten der Stadtgemeinde.

Der Obmann des Stadtverordneten-Vorstandes, Dr. Bauer, leitet die Generaldebatte durch eine Rede ein, der wir folgendes entnehmen:

Zur Generaldebatte hinsichtlich der Gehaltsordnung hat sich der geschäftsführende Vorstand des Bürgerausschusses lediglich auf den Standpunkt gestellt, den der Stadtrat in seiner Vorlage angenommen hat, vorbehaltlich einiger Erklärungen zur Spezialdebatte. Obwohl der Bürgerausschuss durch Genehmigung der im letzten Budget in Aussicht genommenen Summe für die Aufhebung der Gehälter für die Beamten der Stadt bereits grundsätzlich die Notwendigkeit einer solchen Vorlage anerkannt hat und durch die Vorlage des Stadtrats die für das erste Jahr eingehaltenen Mittel nicht überschritten werden, ist es für den Stadtverordneten-Vorstand nicht leicht gewesen, unter den heutigen Verhältnissen der Vorlage seine ungeteilte Zustimmung zu geben. Wir haben aber in Betracht gezogen, daß für unsere Stadt die Erhaltung und Schaffung eines gesunden, leistungsfähigen und arbeitsfreudigen Beamtenkörpers Lebensbedingung ist. Wir sind der Meinung, daß die Beamten der Stadt mindestens so gut zu bezahlen sind, als sie unter sonst gleichen Bedingungen beim Staate bezahlt werden und zum Aufrechten berechtigten Ausmaß hätten. Gestreut hat uns zu hören, daß als Vertretung der Beamten der Verein städtischer Beamten zu der Vorlage in der Hauptsache seine Zustimmung erteilt hat. Wir sind der Meinung, daß er daran recht getan hat und daß das Bestreben unserer Stadtverwaltung, berechtigten Wünschen nachzukommen, von deren Seite nur Anerkennung verdient. Wo eine Ungleichheit sich regen will, muß darauf hingewiesen werden, daß dieser neue Gehaltsstafel in verschiedenen Richtungen von allen städtischen Städten die höchsten Sätze angenommen hat. Der Stadtverordneten-Vorstand kann Ihnen diese Vorlage nicht zur Annahme empfehlen, ohne darauf hinzuweisen, daß unsere städtischen Beamten nicht nur besser bezahlt werden, als durch den Staat, sondern daß sie auch vor Anderen einen ganz erheblichen Vorsprung erhalten. Die Beamten der Privatindustrie und auch insbesondere diejenigen der Banken sind bei gleicher Vorbildung und meist sehr verantwortungsvoller Tätigkeit fast durchweg erheblich schlechter bezahlt. Dabei fehlt ihnen der wertvolle Anspruch auf Pension und Hinterbliebenenversorgung, der unseren städtischen Beamten ohne Vergütung zusteht. Wir glauben, daß die Beamten diesen Gehaltsstafel freudig annehmen und besonders die schädlichen Vergleichen unterlassen werden, die zu Ergebnissen nicht führen. Die Vorlage bestimmt, daß der neue Tarif schon als in Kraft befindlich angesehen werde von dem Zeitpunkte an, da der betr. in den Dienst der Stadt aufgenommen wurde. Wir sind durchaus damit einverstanden, und werden einen dem entgegenstehenden Antrag ablehnen, daß dem Stadtrats die Ermächtigung gegeben wird, im einzelnen Falle zum Uebergang ausnahmsweise eine besondere Art der Einkommensregulierung zu treffen, die billigen Ermessen entspricht. Ebenso sind wir, um das Vorweg zu nehmen, damit einverstanden, daß der Stadtrat den nach Erledigung der etatmäßigen Gehälter verbleibenden Rest von 3000 M. zur Aufhebung der nicht etatmäßigen Beamten nach seinem Ermessen verwendet.

Den finanziellen Erfolg der Vorlage haben wir bei Veranschlagung des Budgets bereits auf 30 000 M. festgesetzt, welche für das erste Jahr bereits gedeckt sind. Wie die Ausgaben sich in den kommenden Jahren stellen werden, läßt sich selbstverständlich heute noch nicht vorhersehen. Es ist uns mitgeteilt worden, daß am 1. Jan. 1909 die Gesamtausgaben für die städt. Beamten sich auf rund 291 000 M. belaufen haben und daß an

regelmäßigen Gehaltszulagen für die kommenden 2 Jahre 11 500 M. vorzusehen waren, sodas dann die Gesamtausgaben sich auf 302 500 M. belaufen hätten. Der Beharrungszustand, welcher bereits mit dem Inkrafttreten dieser Vorlage erwartet wird, würde die Ausgaben auf 322 000 M. stellen, sodas die dauernde Mehrbelastung jedenfalls nicht größer ist als die Notwendigkeit richtiger Bezahlung der Beamten. Wie die nötigen Mittel in Zukunft aufzubringen sein werden, läßt sich heute nicht mit Bestimmtheit voraussagen; mit großer Wahrscheinlichkeit aber muß angenommen werden, daß die Einnahmen aus Umlagen werden müssen. Wir sehen noch einen Rettungsanker, der uns zwar nicht ganz aus unserer misslichen Lage bringen, aber sie doch einigermaßen bessern kann; das ist der Sorbheit der Wertzuwachssteuer für die Gemeinden.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 14. September 1909.

Der Besuch Mannheims durch „J. 3“.

Mit der „Mannheimer“.

Da nach den eingegangenen Nachrichten „J. 3“ morgen mittags gegen 10 Uhr über Mannheim erwartet wird, sei in Ergänzung unserer heutigen Mittagsausgabe mitgeteilt, daß das „Mannheimer“ „Mannheimer“ um 9 Uhr morgen früh die Rheinbrücke verlassen wird. Der sich dem Gedänge entschieben und trotz der Fug und Landung beobachten will, ohne den Bitterungseinflüssen ausgesetzt zu sein, benutze die Dampferfahrt. Sonst noch Fahrkarten, die im Verkehrs-Bureau erhältlich, verfügbar sind, werden solche an der Landestelle verkauft. Die höchsten Wasserstandsnoten zwischen Friedrichsbrücke (Stadthöhe, links) und der circa 10 Minuten vom Unterpfad gelegenen Oppauer Brücke beginnen um 8 Uhr.

Wann trifft „J. 3“ in Mannheim ein?

Wir meldeben bereits in der letzten Nummer, daß „J. 3“ morgen früh 8 Uhr in Frankfurt abfährt, sodas bei normalen Verhältnissen die Landung auf dem Friesenheimer Insel voraussichtlich kurz nach 10 Uhr erfolgt. Mit dieser Meldung, die uns von kompetenter Seite übermietet wurde, stimmt der Inhalt eines Telegramms überein, das uns heute Mittag von Herrn Oberingenieur Dürr gesandt wurde. Es lautet: „Voranschickung nach 10 Uhr. Durr.“ Das Publikum wird also spätestens bis um halb 10 Uhr zur Stelle sein müssen.

Eine Mahnung!

Es ist bereits wiederholt der bringende Appell an das Publikum gerichtet worden, bei der Landung des Luftschiffes auf gute Ordnung zu halten und nicht durch rücksichtsloses Benehmen die in der Nähe des Landungsplatzes liegenden Zufrieden- und Laubbäume zu gefährden. Wir möchten diese Aufforderung heute zum letzten Male wiederholen. Öffentlich können wir morgen den Mannheimern das gleiche Lob sagen, das seinerzeit den Berlinern durch den Kaiser zuteil wurde. Die Mannheimer Bevölkerung wird morgen zu zeigen haben, daß sie ebenbürtig Disziplin wie die Berliner im Leibe hat, was ihr ja nicht allzu schwer fallen dürfte, da das für das Publikum bereit gestellte Gelände viele Tausende aufnehmen kann. Vor allem wird nochmals dringend gebeten, den Weisungen der durch eine Kommande in den Stadtfürden kenntlichen Aufsichtspersonen unbedingt Folge zu leisten.

Witgliederversammlung des Badischen Sängerbundes. Unserem Bericht über die am Sonntag hier stattgehabene Mitgliederversammlung des Badischen Sängerbundes sei bezüglich nachgetragen, daß der Vorsitzende bei Erstattung des Jahresberichtes nicht der Lieberhalle Mannheim, sondern der Lieberhalle Karlsruhe den Dank für die Erwerbung eines Preises auf dem deutschen Sängertag in Frankfurt a. M. überreichte. Das Vermögen des Sängerbundes betrug, wie weiter berichtet festgesetzt sei, 1907: 42 000 M., 1908: 43 844 M. Es hat sich also um 2775 M. vermehrt. Die Wuchne ist auf die Zukäufe zum Bundesfest und auf die Abschreibungen für einstuftende Noten zurückzuführen.

Jahresplan. Das 1. Berichtsjahr zum endgültigen Entwurf eines Jahresplans vom 1. Oktober 1909 der Königlich Preussischen und Großh. Hessischen Eisenbahndirektion Rheinl. kann auf dem Bureau der Handelskammer eingesehen werden.

Arbeitsbergbau. Ein größerer Teil der Steinmetzarbeiten zum Neubau der Reichsbank wurde an die Mannheimer Sandstein- und Granitwerke (Rheinl. Kaufm.) vergeben.

Verein für Frauenstimmrecht. Nach einer mehrwöchentlichen Sommerpause hielt der Verein gestern abend im Hotel National seine erste Mitgliederversammlung ab. Die Vorsitzende, Frau Wolff-Jaffé hat in ihrer Begrüßungsrede hervor, daß die politischen Vorgänge, die sich in den nächsten Wochen abspielen würden, es notwendig erscheinen lassen, in die Vereinsarbeit so früh als möglich einzutreten. Gehe es doch, bei der kommenden Landtagswahl in Baden darzutun, daß fortschrittlich gesinnte Frauen nicht auf der Seite der Reaktion zu finden seien, und daß die durch die Finanzreform erfolgte erhebliche Steuerlast für die Hausfrau und erwerbende Frau in der gesamten deutschen organisierten Frauenbewegung tiefe Empörung auslöst. Der deutsche Verband für Frauenstimmrecht wird auf seiner Ende Oktober in München stattfindenden 3. Generalversammlung eine öffentliche Versammlung im Saale des alten Rathauses abhalten um gegen die Steuerbelastung Einspruch zu erheben. An der Diskussion, die sich außerordentlich lebhaft gestaltete, beteiligten sich Frau Marie Erkelenz, Frau Weikel, Fräulein Pohl, Herr von Harder und Stadtrat Dr. Stern. Der zweite Punkt der Tagesordnung geht der vom Deutschen Verband für Frauenstimmrecht an die Mitglieder des Vereins ergangene Einladung zur Generalversammlung in München. Ueber die verschiedenen geplanten Veranstaltungen wurde eifrig diskutiert. Den Standpunkt der fortschrittlichen Studentin der Frauenbewegung gegenüber vertrat das Vereinsmitglied Frä. stud. med. dent. Adele Hoffmann, Heidelberg. Sie betonte in einer temperamentvollen Ansprache, daß die Studentin, die in den modernen Ideen erzogen ist, die Pflicht hätte, Interesse und Verständnis den heutigen Frauenbestrebungen entgegen zu bringen. Um so mehr, da sie der Frauenbewegung Alles verbannt und durch ihre wissenschaftliche Ausbildung und spätere Berufstätigkeit am ehesten Gelegenheit findet, die Forderungen einer so mächtigen Kulturbewegung zu vertreten. Nur sollte die Frau im Kampf um ihre Rechte in Deutschland nicht dem Beispiel der englischen Suffragettes folgen und alle Weiblichkeit bei Seite setzen. Die Ausführungen der Diskussionsbetreiberin wurden mit großem Beifall aufgenommen. Nachdem noch

Frau Fink und Frau Grotto einige geschäftliche Mitteilungen gemacht, wurde von den zahlreich versammelten Mitgliedern folgende, von der Vorstehenden vorgelegene Resolution einstimmig angenommen: Die heute am 13. September 99 im Hotel National versammelte Ortsgruppe des Bad. Vereins für Frauenstimmrecht, spricht ihre tiefe Enttäuschung über die erfolgte Finanzreform aus. Sie findet in derselben eine ungerechte Belastung der unermittelten Klassen, hauptsächlich aber der Hausfrau und der freuziehenden Erwerbsfrau und erklärt ihre Bereitwilligkeit, Schalter an Schalter in Baden mit den fortschrittlichen Männern gegen den schwarz-blauen Mod zu kämpfen.

* Fabrikant Friedrich Hermann Eich. Aus Redaragemaund kommt die Nachricht für alle treuen Anhänger der national-liberalen Partei überaus schmerzliche Kunde, daß dort gestern nachmittags Herr Fabrikant Fr. Hermann Eich nach längerem Leiden verstorben ist. Mit Eich sank wieder ein hervorragender Mitbürger und Parteifreund ins Grab. Schon früh hat der Verlebene am politischen Leben regen Anteil genommen. So weit wir zurückdenken können, befand er sich immer unter denjenigen, die ihre Zeit und Arbeitskraft der Partei willig zur Verfügung stellten. Und es ist ihm, je mehr das ausblühende Geschäft sich weitete, wahrlich nicht leicht geworden, der Partei zu dienen, die verschiedenen Ehrenstellen mit der alle seine Handlungen bestimmenden großen Gewissenhaftigkeit zu bekleiden. In seiner Erinnerung ist noch, daß Eich auch bei der letzten Landtagswahl die Würde und Würde eines Landtagsabgeordneten auf sich nahm, daß er sich im 5. Mannheimer Bezirk (Schwefelberg) von der Wählerpartei als Kandidat aufstellen ließ und daß er damals noch eine recht stattliche Stimmengahl auf sich vereinigte, eine Stimmengahl, die viel auf seine persönliche Beliebtheit zurückzuführen war. Der Verlebene war weitere lange Jahre Vorsitzender des Bezirksvereins Schwefelberg des National-liberalen Vereins Mannheim. Im Wintersemester 98/99 leitete er diesen Verein. Eich, zu Hause in Weiskirchen geboren, kam schon in den Ober Jahren nach Mannheim, das er ganz als seine zweite Heimat betrachtete. Er hatte erst eine Bekanntschaft irischer Oefen, die damals überhaupt noch nicht in Deutschland fabriziert wurden, und gründete dann Ende der 80er Jahre am Neckar Uebergang eine eigene Fabrik, in der er die Fabrikation irischer Oefen nun selbst antrat. Durch Umsicht und Fleiß erweiterte sich die Fabrik, die erste dieser Art in Deutschland, bald zu einem Etablissement, dessen Name selbst über die Schwarz-Weiß-Roten Grenzpfähle hinaus einen vorzüglichen Klang hat. In der Qualität der Erzeugnisse kommt der Firma Eich u. Co. kein Konkurrenzunternehmen gleich. Vor einigen Jahren zog sich der Verlebene ganz von den Geschäften zurück. Schwäger und Sohn führten das Etablissement in seinem Sinne weiter und werden sich nun auch nach seinem Tode ganz von seinen betrieblchen soliden Geschäftsbegründungen leiten lassen. Die Zeit der wohlverdienten Ruhe brachte der Verlebene abwechselnd in Weiskirchen und in Redaragemaund zu. Im Sommer weilte er in der idyllisch gelegenen Redaragemaund Villa und den Winter brachte er in Mannheim im Kreise seiner Lieben zu und widmete sich mit Eifer den mannigfachen Ehrenämtern. So war er noch Vorsitzender des Bau- und Sparvereins und der Antiquar-montanen Vereinigung. Die Wägerschaft, insbesondere seine zahlreichen Partei- und sonstigen Freunde, werden dem verdienten Mitbürger, der durch sein gewinnendes Wesen ungemein für sich einnahm, ein lebendiges Andenken bewahren. Er ruhe in Frieden!

Sportliche Rundschau.

Motorbootfahrt.

* Motorbootfahren auf dem Rheine. Die Berliner Oerddregatten bilden alljährlich für Deutschland den Saisonklub. Die Manöver hatte am Sonntag mit der gemeinschaftlichen Wettfahrt des R. A. G. und D. M. G. ihr letztes Ziel erreicht. Die Wettfahrt bedeutete bei den nicht sehr zahlreichen Meldungen, aber dem guten Bootsmaterial, einen großen Erfolg, der auch äußerlich hervorragt, denn die Ufer waren am Rheine mit Tausenden von Zuschauern umfäumt und auch die Begleitdampfer und die zahlreichen Privatboote, die im Innern der Röhre die Wettfahrt begleiteten, waren stark besetzt. Bei „Canouier“ erwieß sich der Propeller als unbrauchbar, und da er durch einen passenderen nicht schnell genug zu ersetzen war, mußte das Boot dem Start fernbleiben. „Schwibler“ des Herrn Julius Joachims genau so seinen Klassenplan kampflustig, hatte aber doch ein spannendes Rennen mit dem Rennboot der besten Klasse „Venus I“. Dieser gehartete, hielt „Schwibler“ über die ersten zwölf Kilometer die Führung, konnte dann aber nicht verhindern, daß sein alter Rivale vom Rhein an ihm vorbeizog und noch fast eine Minute gewann. Trotz dieser glänzenden Leistung ging das Mannheimer Boot des Vereins „Venus II“ zu dem Beginn der zweiten Runde die Woge erschle. Es befand sich allerdings in einer Zwangslage, da es Gefahr lief, die plöglig auf die Woge abfallende „Votte Dixt“ zu überrennen, wenn es seinen richtigen Kurs innegehalten haben würde. In den übrigen Klassen gewannen die „Marga“ des Alfreds Frig Göbbel, Berlin und der „Venus-Preisverleiher“ der Daimlerwerke „Wollsch“ die ersten Preise. Die Resultate der Wettfahrt waren: Klasse VII: „Schwibler“ (Jul. Joachims-Berlin) 42. 22. 1. Fr. „Canouier“ nicht gestartet. Klasse VI: „Venus I“ (Konrad Dr. Rottler-Mannheim) 41. 28. Klasse V: „Marlenefeld“ (Dr. A. Curti-Berlin) 35. 46. 1. Fr. Klasse III: „Marga II“ (R. Zimmermann-Berlin) 1. 10. 0. 1. Fr. Klasse I: „Venus I“ (R. Zimmermann-Berlin) 1. 10. 0. 1. Fr.; „Emma“ — 4. 24. Klasse B: „Marga“ (Alfred Frig Göbbel-Berlin) + 18. 0. 1. Fr.; „Gitar“ + 16. 14. 2. Fr.; „Selva“ + 15. 22. Danni — 12. 32. Klasse C: „Wollsch“ (Daimler-Ver.-Gesellschaft Mannheim) + 24. 02. 1. Fr.; „Votte Dixt“ + 23. 05. 2. Fr.; „Argus III“ + 21. 17; „Schlesischen Rex“ und „Martha“ nicht gestartet.

Luftschiffahrt.

* Brescia, 12. Sept. Die Resultate der heute zum Abschluß gekommenen Alpen-Rennen sind: Preis von Brescia, 30 Kilometer: 1. Curti; 2. Ruggieri; Höhenpreis: 1. Ruggieri (116 Met.); 2. Curti (81 Meter); Preis für die Wirtin von Passolunghi: Calderara.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

* Aunweiler, 13. Sept. Die Einweihung des vom Pfälzerwaldverein auf dem circa 15 Kilometer nordwestlich liegenden 600 Meter hohen Weihenberge errichteten, zu Ehren des Prinzregenten von Bayern Luftschiffbau benannten Luftschiffes am 26. September voll. Das erste 10 000 Pfundes schwebendes Luftschiff hat der Pfälzerwaldverein — ein halb Jahr früher wie erhofft — bereits im Juli d. J. überflogen, aller Voraussicht nach dürfte das erste Tausend neuer noch erreicht werden. * Hofen, 13. Sept. Großes Aufsehen erregt hier die heute Morgen erfolgte Verhaftung des Sanitätsrats Dr. Kollh und seine Ueberführung ins Manninger Untersuchungsgefängnis. Die Verhaftung erfolgte wegen Kollisionsgefahr. Kollh war feinerzeit wegen Weinschänkung und Urkundenfälschung zu Gefängnis und einer hohen Geldstrafe verurteilt worden.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Ein neues Drama von Rueder. Joseph Rueder hat seine Tragödie „Der Schmied von Rochel“, das Werk mehrerer Jahre, vollendet. Es behandelt das Drama des verzweifeltsten Kampfes des überaus herrlichen Landvolkes gegen die überreichliche Herrschaft im spanischen Erbfolgekriege.

Ein zweites Konservatorium der Musik in Bonn. Aus Bonn wird geschrieben: Musikdirektor F. Schardt, seit 1905 Leiter des Konservatoriums der Musik in Oberfeld, eröffnet am 1. Oktober in Bonn ein Konservatorium mit den Qualitäten eines Musikhochschule.

Die süddeutschen Kaisermanöver.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

P. Mergentheim, Nacht 13/14. Sept.

Es ist kein leichtes Stück Arbeit für die Berichterstattung, noch nicht alles das schreiben zu dürfen, was man von den Manövern weiß. Andererseits gebührt aber bei dem außerordentlichen Entgegenkommen seitens des Generalstabschefes die Beobachtung der im Interesse kriegsmäßiger Abweidung gebotene Diskretion über manche Mitteilungen zu den Selbstverständlichkeiten. Denn wir im Drange besonders eifriger Mitteilbarkeit mehr von sich gibt, als er von sich geben darf, wird aus der Liste der Informationsanwärter gestrichen und tritt dann allein auf weiter Flur. In der Wichtigkeit der Bedeutung. Denn man mag sich der entwickelten Verkehrstechnik der Neuzeit bedienen, selbst mit einem leuchtenden Luftschiff — vulgo Automobil — die zur Berichterstattung nötigen allaugenblicklichen Ortsveränderungen vornehmen; man kann sich nicht zetteln, man kann nicht bei allen 5 Armeekorps, die in diesem Manöver betätigt sind, zu gleicher Zeit sein, man muß mühsam und einzeln die Bausteine zusammentragen, um eine Passade zu erhalten, die immer noch werden müde im Tagesberichts sein. Aber auch das entspricht nur der kriegsmäßigen Wirklichkeit. Denn selbst der Generalstabschef von Wolke, in dessen Händen die Leitung des groß angelegten Uebungswerkes der beteiligten Truppen liegt, kann auch nicht den Tag vor dem Abend loben oder tadeln. Denn wiewohl das Quartier der Manöverleitung oder deren Aufstellungsort im Felde ununterbrochen durch Fernsprecher und alle technischen Nachrichtenmittel mit den Armeekorpsleitung verbunden ist, gelangt auch die Manöverleitung unter den großen räumlichen Verhältnissen erst am späten Abend zur Kenntnis der Einzelvorgänge. Nun denke man sich einen beschriebenen Berichterstatter ohne — sozusagen amtliche — Führung auf dem Kampagnebezirk. Er ist mehr oder weniger auf sein Kombinationsvermögen angewiesen oder muß mit journalistischer Selbstbereitschaft einfach behaupten — was ihm aus dem Verkeireke so ohne weiteres doch niemand widerlegen kann. Und nun — mit Rücksicht auf die noch erbetene Diskretion — weder zu kombinieren noch zu behaupten, will ich einfach erzählen, was sich heute an der Grenzlinie des roten und blauen Reiches abgespielt hat. Die besonderen Kriegslagen, deren Wesenstafel für die Presse ja nun nicht bestritten, werden den Ariadnefaden in dem Labyrinth der Kombinationen bilden, zu denen sich jeder Leser ganz von selbst herbeiläuft, nachdem ihm gestern die allgemeine Kriegslage unbeschränkt erscheinende Perspektiven eröffnet hat.

Wie gestern berichtet, hatte die oben mobilisierte rote Armee zunächst auf ihren Südrückzug bedacht zu sein, um ihre Versammlung bewirken zu können. Blau hingegen mußte daran gelegen sein, möglichst nach vor einer Rastierung der eben mobilisierten roten Kräfte seine Hand auf die umstrittene Grenzlinie zu legen. Rot hatte, während sich in Linie Mainz-Weiskirchen-Görsheim das 14., 20. und 3. bayerische Armeekorps verammelten, nur die 4. und 5. bayerische Infanteriedivision bei Osterburken und Königsbosen mit der Vornahme des Grenzüberganges beauftragt. Die Divisionen der Kavallerie-Division A ab Groß-Görsheim. Blau hingegen, mit den Hauptkräften nach der allgemeinen Kriegslage auf einem ganz anderen Kriegsschauplatz bereits engagiert, hatte infolge der drohenden Haltung des roten Staates rasch eine selbständige Armee gebildet, deren Aufgabe es sein mußte, den Boden der Heinefelden ins feindliche Gebiet — also ins rote Reich — zu verlegen. Also eine ausgesprochene Offensive. Blau war im Besitz eines aus 50 Eskadrons und 3 reitenden Batterien bestehenden Kavalleriekorps, dem 2 Pionierabteilungen und eine aus Wogen beförderte — Pionierabteilung außerdem angehörten. Es konnte sich zunächst um die Flugübergänge der Jagst bei Krautheim handeln. Deshalb wählte ich mir als Beobachtungspunkt den Schloßberg von Krautheim, von dessen Söllergeräuer das ganze zwischen Commerzhof und Neidhan liegende breite Jagsttal einzusehen war. Das „gute Rasen“ und eine Dosis Müd für die Wahl dieses Punktes die Begünstigung waren, bewies der Umstand, daß der preßliche Kriegsminister, General v. Deringer, hier ebenfalls seinen Beobachtungsposten gefast hatte. Nach den Angaben, die uns vertraulich über den Aumarsh des blauen Kavalleriekorps gemacht waren, konnte vor 1 Uhr mittags der Jagstgrund nicht von der bayerischen und württembergischen Kavallerie-Division erreicht werden. Unsere Uhr, das heißt meine und die des bekannten Verfassers von „Sesera“ und „Danai“, mit dem ich mich wieder gemeinsamer Benutzung von rollenden Beförderungsmitteln mangelt eines — wie sonst üblichen — Jagst der Manöverleitung liert hatte, zeigte erst 12 Uhr. Deshalb machten wir gern von der uns gewährten Erlaubnis Gebrauch, dieses schöne alte Schloß aus dem 12. Jahrhundert mit den wertvollen Sammlungen des gegenwärtigen Besitzers und den wunderbaren Dekantierarbeiten der gegenwärtigen Birtgerrin — Jungen jahrelangen Winterabendsfestes — zu besichtigen. (Schluß folgt.)

Von Tag zu Tag.

— Ober der Berge. Garmisch, 14. Sept. Der Ingenieur Max Geh aus Karlsruhe, welcher führerlos die Dreihornspitze bestieg, wird seit Samstag vermisst und ist wahrscheinlich verunglückt.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

* Altona, 14. Sept. Der Landarbeiter Janni, der unter dem Verdacht, an dem Dienstmädchen Schindl in Moorhausen bei Uetersen ein Lustmord verübt zu haben, vor einigen Tagen in Untersuchungshaft genommen worden war, gestand heute Vormittag vor dem Untersuchungsrichter ein, daß er den Mord begangen habe. m. Jansbrud, 14. Sept. (Priv.-Tel.) Generalmajor Erbprinz Josef Ferdinand, der als Luftschiffer bekannt ist, stürzte bei Wels mit dem Motorrad und brach den linken Arm. m. Jansbrud, 14. Sept. (Priv.-Tel.) In dem Hochverratsprozeß bawern die Hausdurchsuchungen bei Privat und Redaktionen in mehreren Orten Südtirols und in Jansbrud fort. Bisher wurden 10 Verhaftungen vorgenommen. Der Diebstahl ist bisher unaufgeklärt. * Basel, 14. Sept. Wie man nachträglich erzählt, hat die Juppelindeberung anlässlich der Durchfahrt des „B 3“ am Samstag in Basel 3 Opfer gefordert. In der Falkenstrasse fiel ein alter Mann vor Aufregung tot zusammen und in Kleinbasel stürzte ein Neugieriger vom Dache ab und war sofort eine Leiche. — In dem D-Zug Basel-Strasbourg sind für 10 000 Mark Juwelen gestohlen worden. Der Diebstahl ist vermutlich von einem jener gefährlichen Subjekte ausgeführt worden, die schon den ganzen Sommer über als Taschendiebe im Baseler Bundesbahnhof ein einträgliches Geschäft betreiben. (L. B.)

Vom Kaisermanöver.

* Karlsruhe, 14. Sept. Der Großherzog hat sich heute Vormittag gegen 9 Uhr mit Begleitung zur Teilnahme an den Kaisermanövern nach Forstberg begeben. * Weiskirchen, 14. Sept. Das Ober-Kommando der Roten Vorrei der Kaisermanöver ist, entgegen früheren Dispositionen, bereits heute nach Forstberg verlegt worden. Generalstabschef Prinz Leopold von Wapern heißt sich morgen früh ebenfalls dahin. * Weiskirchen, 14. Sept. Grafen von Salvaator mit Begleitung ist heute früh 9 Uhr hier eingetroffen. Nach 10 Uhr kamen die bayerischen Prinzen Alford und Georg; ferner sind angekommen der Fürst von Thurn und Taxis, der sächsische Generalstabschef Schmetz von Balsa und der englische Oberst Zrenck. * Weiskirchen, 14. Sept. Das Militär-Luftschiff „Groß II“ ist heute Vormittag 11 Uhr, nachdem die geringfügigen Beschädigungen, die es gestern erlitten hat, von Raumoffizieren der Luftschiffabteilung in Gallentzheim ausgebessert worden waren, wieder aufsteigen und hat die Richtung nach Mergentheim genommen. * Mergentheim, 14. Sept. Von den blauen Kavalleriekorps ging gestern die württembergische Division bei Krautheim zur Ruhe über, während die bayerische Division bei Weiskirchen in der Hand über und bei Oberweiskirchen und Weiskirchen Alarmquartiere bezog. Die blaue 20. Infanteriedivision hatte die Höhen zwischen Jagst und Weiskirchen gewonnen, worauf das rote Detachement von Oberweiskirchen bei Weiskirchen aushängte. Das blaue 13. Armeekorps bezog Weiskirchen bei Weiskirchen, Jagsthausen und Weiskirchen. Das von dem Süden anmarschierende blaue 1. bayerische Armeekorps erreichte mit seinen Ansätzen Weiskirchen, Weiskirchen, Weiskirchen, wo die Divisionen längs der Jagstbrücke bivallierten. Die Hauptkräfte der roten bayerischen Infanteriedivision sammelten sich bei Weiskirchen, die rote bayerische Infanteriedivision zog sich abends auf Weiskirchen zurück. Das Ober-Kommando der blauen Armee beschloß für heute die Vereinnung der blauen Armee bei Forstberg mit dem auf den linken Flanke liegenden Kavalleriekorps. Da die bis jetzt zur Verfügung stehenden roten Kräfte zu schwach waren, erteilte der mit dem Oberbefehl im Grenzergebiet beauftragte General von der Tann, der vom Feinde gedrängt wurde, der vierten roten Infanteriedivision den Befehl, auf Weiskirchen auszuweichen. Weitere rote Streikräfte sollen vom Norden im Aumarsh sein. Demnach dürften heute nur Weiskirchen, aber keine bedeutenden Gefechte zu erwarten sein. Es regnet; der Kaiser und die anwesenden Persönlichkeiten begaben sich heute früh ins Manövergelände. Carl von Wondale ist hier eingetroffen. * Weiskirchen, 14. September. Das Militär-Luftschiff „Groß 2“, das, wie bereits gemeldet, um 1 Uhr 10 Min. aufsteigen war, ist um 2 Uhr 35 Minuten in Weiskirchen wieder abgesetzt. Heute abend soll nochmals ein Aufstieg erfolgen. (L. B.)

„B 3“.

* Frankfurt a. M., 13. Sept. Der Aufstieg des „B 3“ wurde wegen des herrschenden böigen Nordwindes verschoben. Wenn der nächste Aufstieg stattfindet, ist noch nicht festgesetzt. Ebenfalls findet heute Vormittag kein Aufstieg statt. Die Ausstellung war wegen des herrschenden nachfolten Wetters nur schwach besucht; auf dem Nordplateau und dem Fluggelände haben sich infolge des starken Regens kleine Seen gebildet, die mit Sand aufzufüllen man jetzt eifrig beschäftigt ist.

Der Bierkrieg.

m. Solingen, 14. Sept. (Priv.-Tel.) Der Bierkrieg hält im hiesigen Bezirk weiter an und wird durch Beschlässe des sozialdemokratischen Aktionsausschusses noch verschärft. Jetzt sind die Gewerkschaften und die Arbeiter-Turn- und Gesangsvereine aufgefordert worden, ebenfalls ihre Versammlungen beim Proben einzustellen, wenn sie in ihren Vereinen nicht ohne Trinkschank zusammenkommen können. Alle Verhandlungen zwischen dem Ausschuss und den Wirten und Brauereivereinigungen sind bisher ergebnislos verlaufen, doch haben bereits ein paar Dutzend Wirte die Forderung des Ausschusses, das Bier der Ringbrauereien abzuschaffen, unter dem Druck des Boulois anerkannt.

Coal und Bearen.

* New York, 14. Sept. Professor Rodwell bezeichnet in „Zeit. Sta.“, daß Coal nach seiner Länge- und Weitenangabe am 7. April über 500 Meilen vom Nordpol entfernt war, fast 204, wie Coal selber behauptet.

Die Landesversammlung der Nationalliberalen Partei Badens.

Am Samstag, den 18. und Sonntag, den 19. September findet, wie bekannt, in Freiburg eine Landesversammlung der Nationalliberalen Partei Badens statt. Das Programm dieses Parteitages ist folgendermaßen festgesetzt:

Samstag, den 18. September.

Nachmittags 3 Uhr (pünktlich): Sitzung des Engeren Ausschusses im oberen Saal der Harmonie, Grünwälderstraße 18. Tagesordnung: 1. Wahlen. 2. Besprechung des Wahlauftrags. 3. Die bevorstehenden Landtagswahlen.

Abends 7 1/2 Uhr: Bankett in der städtischen Kunst- und Festhalle. Dabei werden die folgenden Ansprachen gehalten: 1. Begrüßungsansprache. 2. Rede auf Kaiser und Reich. (Reichstagsabgeordneter Bed. Fahr.) 3. Rede auf Großherzog und Badenland. (Landtagsabgeordneter Dr. Ditzinger.) 4. Rede auf die Partei. (Oberdomäneninspektor Odenwald.) 5. Rede auf die Frauen. (Landtagsabgeordneter Rebmann.) Sonntag, den 19. September.

Vormittags 9 Uhr (pünktlich): Landesversammlung im oberen Saal der Harmonie, Grünwälderstraße 18. Tagesordnung: 1. Einleitender Vortrag des Chefs der Partei, Abg. Dr. Ditzinger. 2. Wahlen. 3. Besprechung des Wahlauftrags.

Nachmittags 3 Uhr: Oeffentliche Parteiversammlung in der städtischen Kunst- und Festhalle. Tagesordnung: 1. Die politische Lage im Reich. (Reichstagsabgeordneter Ernst Basser mann.) 2. Die politische Lage in Baden. (Landtagsabgeordneter Rebmann.) 3. Die Landwirtschaft und die nationalliberale Partei. (Landtagsabgeordneter Sängers-Dierheim.)

Offen industrieller Unternehmungen.

Table listing various industrial companies and their financial details, including names like 'Süd. Zuckerfabrik' and 'Kunstmehlmühl.' with associated values.

Bergwerkstätten.

Table listing mining operations and their financial details, including names like 'Bayerischer Bergbau' and 'Kaiserbergwerk'.

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Telegraphen-Verleger: Margold, Fernsprecher: Nr. 56 und 1637. 14. September 1909. Provisionsfrei!

Table with columns 'Wir sind als Selbstkontrahenten unter Vorbehalt', 'Verkäufer', and 'Käufer'. It lists various companies and their stock values.

Offen berufl. und ausländischer Transportanstalten.

Table listing shipping and transport services, including names like 'Südd. Rhod.-G.' and 'Hamburg. Vada'.

Bankbriefe, Prioritäts-Obligationen.

Table listing bank notes and priority obligations from various banks and locations.

Bank- und Versicherungskassen.

Table listing banks and insurance companies, including names like 'Süddeutsche Bank' and 'Deutscher Allianz-Vers.'.

Stiermarkt in Mannheim vom 13. Sept. (Kautschuk) ... Bericht über den Stiermarkt, einschließlich Preisen für verschiedene Rinderrassen und deren Eigenschaften.

Advertisement for Scott's Emulsion, featuring the text 'Machte gute Fortschritte' and an illustration of a man carrying a large fish on his back. The text describes the benefits of the cod liver oil product.

Am Sonntag, den 12. September verschied plötzlich der Prokurist unserer Gesellschaft, Herr Direktor Eduard Gebhard. Der Aufsichtsrat, die Geschäftsführung und Prokura der Rheinischen Kohlenhandel- u. Rhederei-Gesellschaft mit beschr. Haftung. MÜLHEIM-Ruhr, den 14. September 1909.

Todes-Anzeige. Heute nachmittag 4 1/2 Uhr verschied nach längerem Leiden mein innigstgeliebter Gatte, unser lieber Vater, Bruder, Schwager und Onkel, Herr Friedrich Hermann Esch im Alter von 73 Jahren. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Frau Lina Esch, geb. Kunkler, Friedrich Esch, Hermann Esch.

Damenfriseur-Verriickenmacher- u. Friseur-gehilfen-Verein Mannheim (gegr. 1897). Fachschule für Damenfriseurinnen. Wechsell-Formulare Dr. S. Saas'sche Buchdruckerei & m. b. S.

Todes-Anzeige. Verwandten, Freunden und Bekannten, die traurige Nachricht, dass heute nacht plötzlich, infolge eines Schlaganfalles, unser lieber Gatte, Vater, Bruder, Schwiegervater und Grossvater, Herr Ludwig Leonhard Restaurateur sanft entschlafen ist. Die trauernden Hinterbliebenen.

Am 13. September abends verschied unser verehrter Seniorchef, Herr Friedr. Herm. Esch nachdem er sich erst vor wenigen Jahren vom Geschäfte zurückgezogen hatte. Die Beamten und Meister der Firmen Esch & Co. und F. H. Esch. Trauerbriefe bei Idmetlicher Ausführung liefert billigst.

